

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 3. August 1979

13. Jahrgang

1 DM

Telefonüberwachung bei Günter Wallraff

Achtung! Polizeistaat hört mit

Kaum eine Woche vergeht mehr, ohne daß skandalöse Fälle von Überwachung der Bürger durch den Verfassungsschutz ans Licht kommen. Kaum hatte der durch einen Bericht im „Stern“ bekanntgewordene Verfassungsschutzskandal von Bremen für Unruhe gesorgt, folgte schon der nächste Fall. Günter Wallraff, der bekannte Antifaschist und Schriftsteller, erfuhr, daß zeitweise sein Telefon abgehört worden war.

Erst jetzt wurde Wallraff mitgeteilt, was er nach dem Gesetz schon vor fünf Jahren hätte erfahren müssen (und was anderen nie mitgeteilt wird): In der Zeit vom 22. März bis zum 24. Mai 1974 überwachte der Verfassungsschutz sein Telefon. Gegen ihn habe „der Verdacht des Hochverrats und der Vorbereitung einer hochverräterischen Unternehmung“ bestanden.

Der Verfassungsschutz hatte für die Abhörmaßnahme die offizielle Erlaubnis des damaligen Innenministers Genscher und des zuständigen Parlamentsausschusses. Den Politikern genügte die frei erfundene Behauptung, Wallraff habe sich mit der „mutmaßlichen Terroristin“ Margit Schiller getroffen.

Der wirkliche Anlaß der Bespitzelung: Der Verfassungs-

schutz hatte herausgefunden, daß Wallraff in Athen eine Protestaktion gegen das damals in Griechenland herrschende



Günter Wallraff

faschistische Militärregime plante. Wallraff führte diese Aktion im April 1974 auch tatsächlich durch. Auf einem Platz in Athen kettete er sich an

und verteilte Flugblätter gegen das Regime. Dafür wurde er eingekerkert und gefoltert und erst aufgrund internationaler Proteste wieder freigelassen.

Es ist immer wieder das Gleiche. Als Vorwand dient der „Kampf gegen den Terrorismus“, wo es doch in Wahrheit gegen Antifaschisten und gegen die Arbeiterbewegung geht. Im vergangenen Jahr förderten Enthüllungen über Bespitzelungspraktiken in einer Reihe von Betrieben in Hamburg und anderswo zutage, daß praktisch die gesamte in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft politisch vom Verfassungsschutz überwacht wird.

Und der Verfassungsschutzskandal von Bremen zeigt, daß im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes ganz speziell auch die gewählten Arbeitervertreter in den Betrieben stehen. So bereitet sich die Staatsgewalt hierzulande auf die kommende Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise vor.

Früher Bomben — heute Mitleid?

Kanonenbootpolitik gegen Vietnam

Unter dem Vorwand der Flüchtlingshilfe haben die westlichen Imperialisten Kriegsschiffe in das Südchinesische Meer geschickt. Neben drei italienischen Kreuzern haben vor allem Einheiten der 7. Flotte der Kriegsmarine der amerikanischen Imperialisten aus Washington den Befehl bekommen, sich in Richtung Vietnam zu bewegen. Desweiteren sollen, so die Nachrichtenagenturen, von amerikanischer Seite Aufklärungsflüge gestartet werden sein.

Im Zusammenhang mit den immer wieder gemeldeten chinesischen Grenzprovokationen und Kriegsdrohungen gegen das vietnamesische Volk setzen die Imperialisten immer offener auf die Karte des militärischen Drucks gegenüber Hanoi. Die geheuchelten Kampagnen für Menschenrechte, die vorgeschobene Absicht, das Flüchtlingselend zu lindern, können die Kanonenbootpolitik

Carters nur schwer verschleiern.

Vor allem die USA-Imperialisten haben sich des millionenfachen Mordes am vietnamesischen Volk schuldig gemacht. Damals wartete man vergeblich auf Verlautbarungen aus Washington, die das Elend und die unvorstellbare Not des Volkes beklagten, damals wartete man ebenfalls vergeblich auf Proteste der westdeutschen Regierung; damals gab es weder einen Albrecht, der sich über das Leiden des vietnamesischen Volkes ereiferte, noch eine baden-württembergische Landesregierung, die lautstark das Elend der Vietnamesen bedauerte.

Der USA-Imperialismus versucht mit allen Mitteln bis hin zur militärischen Provokation und Erpressung, sich für die Niederlage in Vietnam zu revanchieren. Dabei kalkuliert er die Möglichkeit einer neuen Aggression bewußt mit ein.



Unter dem Vorwand der Flüchtlingshilfe hat US-Präsident Carter Einheiten der amerikanischen Kriegsmarine nach Vietnam in Bewegung gesetzt. Er kalkuliert bewußt die Möglichkeit einer Aggression gegen Vietnam mit ein.



Massenentlassungen bei AEG-Kanis-Essen. Das ist das Resultat eines Vorstandsbeschlusses des AEG-Telefunken-Konzerns, die Gasturbinenproduktion im Werk Essen einzustellen. Das bedeutet: Die AEG-Telefunken-Bosse wollen 1 300 Arbeitsplätze vernichten. Die Antwort der Belegschaft erfolgte am Dienstag, den 24. Juli. Nach der Frühstückspause warfen 1 000 Kollegen die Klamotten hin und zogen durch die Essener Innenstadt zum Rathaus. Der „Diktator Cipa“ (Chef des Konzerns) soll gezwungen werden, den Beschluß rückgängig zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Organisation einer breiten Solidarität über Essen hinaus erforderlich. Insgesamt sollen im Konzernbereich noch in diesem Jahr 15 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. (Siehe Seite 5).

Teuerungsrate fast bei 5 Prozent

Ohne Nachschlag sinkt der Lebensstandard

Von Woche zu Woche wird ein Lohn- und Gehaltsnachschlag notwendiger. Jetzt bewegt sich die amtlich gemeldete Teuerungsrate bereits nahe der Fünf-Prozent-Marke. Die Preiserhöhungen bei Kartoffeln gegenüber dem Vorjahr liegen momentan bei ca. 50 Prozent. Bei wichtigen Gemüsesorten wie Blumenkohl oder Kopfsalat bewegen sich die Preiserhöhungen zwischen 30 und 100 Prozent.

Der dickste Brocken, die enormen Preissteigerungen für Heizöl und Gas und die zu erwartende Erhöhung der Strompreise, wird auf die Haushalte der Arbeiter und kleinen Angestellten in voller Schärfe erst in den kommenden Monaten durchschlagen. Mit einem Wort: wird jetzt kein Nachschlag erkämpft, dann sinkt der Lebensstandard des arbeitenden Volkes mit Sicherheit ab.

Die kapitalistische Propaganda, in die auch DGB-Führer wie Vetter und Loderer einstimm-

men, will uns glauben machen, die Drahtzieher und Nutznießer der Preislawine säßen nur im Ausland. Ein Nachschlag bedeute eine Gefährdung der Konjunktur und würde auf die Arbeiter selbst zurückschlagen. Mit diesen Lügen soll der Arbeiter zum Stillhalten gebracht werden.

In Wahrheit aber explodieren die Gewinne der bundesdeutschen Konzerne und Banken wie selten zuvor. Nicht nur die Ölmultis, auch die Autokonzerne, die Chemieindustrie, die großen Baufirmen machen Rekordprofite. Und während die Konzern- und Bankherren den gegenwärtigen Konjunkturverlauf für ihre Preistreiberie hemmungslos ausnutzen, leiten sie bereits eine neue Rationalisierungswelle und schwere Massenentlassungen in die Wege. Ihre Jagd nach höchstmöglichem Profit ist es, die für die kommenden Jahre eine schwere Verschärfung der Wirtschaftskrise heraufbeschwört.

Massenentlassungen in USA

Der größte Automobilkonzern der USA, General Motors, hat die unbefristete Entlassung von 12 600 Kollegen beschlossen. Im Rahmen einer Produktionsumstellung auf kleinere Modelle ziehen die Automobilkonzerne einen großangelegten Rationalisierungsfeldzug durch, um aus dieser Situation die größtmöglichen Profite herauszuschlagen.

Polizei verfolgt Strauß-Gegner

Das Flugblatt „Stoppt Strauß“, das unsere Partei anlässlich der Wahl von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU herausgegeben hat, ist von zahllosen Werktätigen mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Es hat allerdings auch die Neugier der Polizei ausgelöst. In Bochum Wattenscheid und München kam es zu ersten „Nachforschungen“ durch die Polizei. Von zwei mutmaßlichen Verteilern wurden die Personalien festgestellt; ob es bereits zu Anzeigen gekommen ist, ist bislang nicht bekannt. (Strauß-Serie: Seite 6).

VON 40 JAHREN: AUSBRUCH DES 2. WELTKRIEGES

Nie wieder Krieg!



Nie wieder Faschismus!

KPD/ML Rote Garde

Kommentar

Kürzlich erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in München: „Wir wissen, daß die Bedrohung iranischer Landsleute als „dreckige Juden“ oder „kommunistische Hurensöhne“ bezeichnen,

Hetze gegen Ausländer

Staatsangehöriger in der Bundesrepublik keine Hirn-gespinnste sind.“

Hätte er diesen Satz zwei Jahre früher gesagt, als die SAVAK-Agenten in Westdeutschland Jagd auf antifaschistische Perser machten, wäre das durchaus am Platze gewesen. Heute aber sind mit „iranische Staatsbürger“ eben diese verbrecherischen SAVAK-Agenten gemeint, die in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Verfassungsschutz manchen in der Bundesrepublik lebenden persischen Antifaschisten ans Messer geliefert haben. Sie genießen heute den Status des politisch Verfolgten, der den Antifaschisten versagt blieb. Sie stehen heute unter dem Schutz der Bonner Herren und sollen so der gerechten Strafe entzogen werden, die ihnen im vom Schah befreiten Iran droht.

Während diese Denunzianten zu Staatsbürgern erklärt werden, werden die für Freiheit und Demokratie kämpfenden Perser zu Krawallmachern und Kriminellen gestempelt, die das Recht auf die Gastfreundschaft der Bonner Regierung verweigert haben. Selbst nach dem Sturz des faschistischen Schahregimes, der die Komplizenschaft zwischen SAVAK und Verfassungsschutz einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, halten sie vor aller Augen den Feinden des persischen Volkes die Treue. Die persischen Antifaschisten müssen sogar mit dem Verbot ihrer Organisationen durch die westdeutschen Behörden rechnen.

Eine ähnliche Taktik schlagen sie gegenüber den türkischen Patrioten ein. Während die Mitglieder der faschistischen Grauen Wölfe unter dem Schutz der Polizei ihren verbrecherischen Aktivitäten nachgehen können, werden türkische Patrioten und Antifaschisten zu Krawallmachern erklärt. Während die Grauen Wölfe von den westdeutschen Behörden unbehelligt Flugblätter mit volksverhetzendem Inhalt ver-

teilen, in denen sie ihre Landsleute als „dreckige Juden“ oder „kommunistische Hurensöhne“ bezeichnen, werden beispielsweise in Rüsselsheim türkische Kollegen verdächtigt, deutschen Frauen nachzustellen. Durch die Anstachelung übelster Vorurteile wird eine regelrechte Pogromstimmung erzeugt. SPD-Bürgermeister Dr. Storsberg läßt über die Presse verbreiten, daß Türken für gewöhnlich mit langen Messern herumlaufen, mit denen man mit einem einzigen Hieb den Kopf abtrennen kann.

Nicht anders als mit fortschrittlichen Persern oder Türken ist die westdeutsche Bourgeoisie mit Angehörigen des um seine Heimat kämpfenden palästinensischen Volkes umgegangen. Während die Zionisten finanziell hochgepäppelt und diplomatisch unterstützt wurden, verbot vor Jahren der Innenminister kurzerhand die GUPS und die GUPA (Generalunion der palästinensischen Studenten, bzw. Arbeiter), in dem er sie zu kriminellen Vereinigungen erklärte und damit den legitimen Kampf des palästinensischen Volkes diffamierte. Doch vergeblich wartet man auf einen Bonner Protest gegen den fortgesetzten Bombenterror der Zionisten gegen palästinensische Flüchtlingslager, wo Tausende von Zivilisten umkommen.

Die Völker, die um ihre Befreiung kämpfen, ernten den Haß der Herren in Bonn. Zum einen, weil diese meist mit den volksfeindlichen Regimen auf das engste verflochten sind und selber von der Unterdrückung der Völker profitieren, zum anderen, um das deutsche Volk, die deutschen Werktätigen gegen den Befreiungskampf im Iran, in Palästina oder an anderen Stellen der Welt aufzuwiegen. Sie fürchten die Einheit der deutschen und ausländischen Werktätigen im eigenen „Revier“, in Westdeutschland; sie fürchten mindestens genauso, daß die Völker sich über die staatlichen Grenzen hinweg vereinigen, um ein für allemal mit dem Imperialismus Schluß zu machen.

Überrumpelungsmanöver:

1 800 Lehrer entlassen!

Protestwelle in Baden-Württemberg

Zwei Tage vor Beginn der Ferien flatterte in Baden-Württemberg 1800 Lehrern vorge-druckte Bescheide ins Haus, denen sie entnehmen konnten, daß ihr Arbeitsverhältnis mit dem Lande Baden-Württemberg „laut Arbeitsvertrag mit Wirkung vom 31. Juli 1979“ endet.

Ganz bewußt haben Ministerpräsident Späth (CDU) und sein Kultusminister mit ihrem Überrumpelungsmanöver bis unmittelbar vor den Ferien gewartet. Lehrer, Schüler und Eltern, so kalkulierten sie kaltblütig, hätten dann keine Möglichkeit mehr, sich zur Wehr zu setzen. In unverschämter Weise machte sich Späth auch noch über die empörten Betroffenen lustig, als er erklärte, die „Nichtweiterbeschäftigung von Lehrern“ könne keineswegs als Entlassung bezeichnet werden.

Als Unverschämtheit muß auch die Art der Benachrichtigung gewertet werden. So war zum Beispiel das Schulamt in

Mannheim noch am letzten Schultag nicht über die Entlassungen informiert worden, während Schülern im Bezirk Tübingen jegliche Auskünfte auf Anfragen verboten wurden.

Die Entlassung der 1800 Grund- und Hauptschullehrer geht einher mit einer Planung für das nächste Schuljahr, die Klassen und Lerngruppen mit 35, 36 und mehr Schülern vorsieht. Die staatlichen Schulämter rechnen für das kommende Schuljahr an den Grund- und Hauptschulen mit einem Ausfall von bis zu 10 Prozent der notwendigen Unterrichtsstunden. Das alles zeigt, daß die baden-württem-

bergische Landesregierung die ständig steigende Arbeit an den Schulen auf noch weniger Lehrer verteilen will. Damit weigert sich Späth auch, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung für den Bereich der Lehrer anzuerkennen.

Mit einem „Notprogramm (500 Millionen Mark) für Härtefälle“ will Späth die Betroffenen spalten. Mit den 200 bereitgestellten „Nachrückstellen“ will er betroffene Lehrer ködern, zunächst einmal stillzuhalten.

Wie es aussieht, geht Späths Rechnung aber nicht auf. Die Proteste der empörten Menschen, ob Lehrer, Eltern oder Schüler, nehmen ständig zu. So

verurteilten zum Beispiel die Lehrerkollegien der Ludwig-Heid-Schule sowie der Sonderschule für Lernbehinderte in Markgröningen die Maßnahmen der Landesregierung, die „menschenunwürdig“ handle und „ihre Monopolstellung als Arbeitgeber der Lehrer ausnütze“. Auch vier Schüler aus Stuttgart ketteten sich vor dem Stuttgarter Schloß an und traten in den Hungerstreik.

Für den 15. September hat nun die GEW zu einer Großkundgebung nach Stuttgart aufgerufen, wo für kleine Klassen, die volle Erteilung des Unterrichts und für die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer demonstriert werden soll. Nur durch ein massives Auftreten aller Betroffenen können die Pläne Späths zu Fall gebracht werden.

Afrikanische Staaten verurteilen Bonn

Die Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) haben auf ihrer jüngsten Gipfelkonferenz in Monrovia die Bundesrepublik wegen ihrer militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassenregime in Südafrika scharf verurteilt. Südafrika stellt mit Rhodesien den Hort der Reaktion auf dem afrikanischen Kontinent dar. Indem Bonn das Rassenregime in Pretoria wirtschaftlich und militärisch unterstützt, reiht es sich unter die reaktionärsten Staaten ein, die mit ihrer Außenpolitik die Befreiungsbestrebungen der afrikanischen Völker sabotieren. Bonn setzt sich sogar ganz offen in Widerspruch zu einer Resolution der UNO, die jegliche Beziehungen zu Pretoria untersagt.

Chef der Jungen Union in Chile

Der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, sprach sich in der chilenischen Hauptstadt Santiago gegen einen internationalen Boykott Chiles aus. Wissmann, der gleichzeitig Mitglied der CDU/CSU-Fraktion in Bonn ist, fällt damit dem für den Sturz der faschistischen Militärjunta kämpfenden chilenischen Volk in den Rücken. Gleichzeitig ist es sein Bestreben, das in aller Welt verhaßte Militärregime international aufzuwerten. Gleichzeitig versuchte er, die chilenischen Christdemokraten als bedeutende Kraft der Opposition im Land hinzustellen. Doch die Freunde der CDU in Chile sind genauso wie die Generale auf das engste mit dem USA-Imperialismus verbunden und haben nicht das geringste Interesse an einer Opposition gegen Pinochet, die den Interessen des Volkes dient.

Massenentlassungen durch Goldin-Pleite

Seine Firmengruppe ist pleite; Goldbach selber hat sich mit unbekanntem Ziel aus dem Staub gemacht; die Bochumer Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verdacht auf Betrug, Untreue und Konkursdelikte. 1300 Arbeitsplätze sind vernichtet. Goldbach, der unter anderem mit 250 Billigtankstellen und trickreichen Bilanzmanövern riesige Profite schaffte, hat Gerüchten zufolge sein Geld auf einem Schweizer Konto deponiert. Es ist zu befürchten, daß die 1300 Beschäftigten, die überdies noch Lohnforderungen haben, leer ausgehen.

Bundeskartellamt „in Aktion“

Da haben die gewaltigen Ölpreissteigerungen der Multis beim Bundeskartellamt doch offensichtlich Verdacht hervorgerufen. Könnten sie eventuell mit gemeinsamen Absprachen vorgegangen sein, als sie die Preise erhöhten? Was längt die Spatzen von den Dächern pfeifen, ließ das Bundeskartellamt schließlich zur Tat schreiten: Es berief die Vertreter der Ölkonzerne zu sich. Zu einer Befragung!

Was immer die Ölbesse auf die „Befragung“ antworteten, die Werktätigen in unserem Land wissen, was sie von dem Geschwätz dieser Halsabschneider zu halten haben. Also konnte auch das Kartellamt es nicht

wagen, von seinem „Verdacht“ abzulassen, daß die Preissteigerungen „zu diesem Zeitpunkt und in diesem Ausmaß“ nicht nötig gewesen wären. Welche Maßnahmen ergriff also das Amt?

Rücknahme der Öl- und Benzinpreiserhöhungen? Strafzahlungen der Konzerne, um die Supergewinne abzuschöpfen? Sondersteuer? Nichts von alledem! Dem Bundeskartellamt sind die Hände gebunden, leider! Es darf nämlich Verstöße gegen die Wettbewerbsbestimmungen „nicht im Nachhinein“ bestrafen!

So zogen die Ölmultis ungeschoren davon. Sie können also weiter die Preise in die

Höhe treiben. Weiterhin können sie lügnerisch behaupten, die OPEC-Länder hätten die Gewinne der Preiserhöhungen einkassiert. Und auch ihre Bilanzmanipulationen können sie zur Täuschung der Öffentlichkeit weiter betreiben.

Diese Manipulationen bestehen im wesentlichen darin, daß die deutschen Tochtergesellschaften Milliarden Gewinne an ihre Muttergesellschaften in den USA überweisen und so selber „mit leeren Händen“ vor dem Kartellamt erscheinen.

Die Raubzüge der Monopole können niemals durch das Bundeskartellamt gestoppt werden, sondern nur durch den massiven Kampf der Werktätigen.

Teuerungswelle in Osteuropa

DKP verteidigt Preissteigerungen

Die revisionistischen Länder Osteuropas sind in den letzten Wochen von einer Teuerungswelle riesigen Ausmaßes überrollt worden, die der ständig sich beschleunigenden Inflation in den kapitalistischen Ländern des Westens in nichts nachsteht, ja sie sogar noch übertrifft.

Die enormen Preissteigerungen, die in Ungarn besonders krass ausgefallen sind (siehe Tabelle), bedeuten eine drastische Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen in Osteuropa. Sie werden die tiefe Kluft, die zwischen den privilegierten Bonzen in Partei und Staatsapparat und dem Volk bestehen, weiter vertiefen. Es ist nicht das erste Mal, daß osteuropäische Regierungen durch das Anheizen der Teuerungswelle die Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzen; bekanntlich ist es in diesem Zusammenhang in Polen schon

zweimal zu revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die revisionistische Partei- und Staatsführung gekommen.

Preissteigerung in Ungarn

Brot	50%
Mehl	36%
Fleisch u. Fleischprodukte	30%
Milch und Milchprodukte	23%
Zucker	23%
Paprika	128%
Kohle	25%
Heizöl	30%
Erdgas	20%
Strom	55%
Lederwaren	17%-27%
Autos	20%
Kino- und Theaterkarten	30%

Besonders schändlich in diesem Zusammenhang ist die Haltung der DKP. Während sie sich bei uns als konsequente Kämpferin gegen die Teuerung aufspielt und mit großen Worten nach einem staatlichen Preisstopp verlangt, rechtfertigt sie die staatliche Preistreiberie in Osteuropa. Die „UZ“ schrieb am 27. Juli, die Preissteigerungen seien „im Interesse einer stabilen Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaft, die ihre Bewährungsprobe längst bestanden hat.“ So zynisch redet bei uns nicht einmal ein Graf Lambsdorff.

Kölner Pädagogin in der DDR festgehalten

Seit über drei Wochen wird die Kölner Pädagogin Annette Bahner in Ostberlin festgehalten. Nach wie vor weigern sich die DDR-Behörden, auch nur ein Wort der Begründung anzugeben.

Wie die Anwälte Annette Bahners mitteilten, sei bisher nur der Paragraph 98 des DDR-Strafgesetzbuches angeführt worden. Dieser Paragraph richtet sich gegen den Informations- und Meinungsaustausch zwischen Menschen aus West- und Ostdeutschland.

Nach ihm kann das Sammeln von Informationen über das Leben in der DDR nach Belieben bestraft werden. Annette Bahner gehört einem Komitee an, das sich gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West wendet. Ihre Inhaftierung dient der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und ist gleichzeitig ein politischer Angriff auf den Willen der deutschen Bevölkerung in Ost und West, zusammenzukommen.

Eine wachsende Protest-

bewegung im In- und Ausland fordert unterdessen die Freilassung Annette Bahners aus DDR-Haft. Innerhalb weniger Tage wurden dafür 8200 Unterschriften gesammelt. Die Bundesregierung in Bonn allerdings, die von einer Delegation eines Komitees „Freiheit für Annette Bahner“ aufgesucht wurde, tut nichts für die Freilassung Annette Bahners. In Bonn ließ man die Delegation erfolglos abblitzen.

Sofortige Freilassung von Annette Bahner aus DDR-Haft!

Aus dem Inhalt

Nachschlagsforderung: DGB-Führer in einer Front mit den Kapitalisten	4
VFW/Bremen: IGM-Vertrauensmann fristlos entlassen ..	4
AEG-Kanis Essen: 1300 werden entlassen	5
Staatsanwalt ermittelt gegen Betriebsräte der Druckindustrie	5
Strauß — Retter der Nation? SDAJ-„Elan“ zu Strauß	6
Roter Antikriegstag 1979: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg	7
Neue Anklage gegen Strippel: Frauenmorde im KZ Vught ..	7
Zusammenarbeit SAVAK und Verfassungsschutz	7
Hungerstreik afghanischer Studenten in Bonn	8
Lehrerwarnstreik trotz Einschüchterungsversuchen ...	8
Albanien: Eine Initiative der Partizani-Schule	9
Gemeinsame Erklärung marxistisch-leninistischer Parteien zum Stalin-Jahr	10
Nicaragua: Marxisten-Leninisten Nicaraguas führen den Kampf weiter	10
3. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut)	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Ölmultis: Größte Finanzmacht der Welt

Im ersten Teil der Serie „Energiekrise und Imperialismus“ ist gezeigt worden, daß es die Profitjagd der Energiemonopole ist, die dazu geführt hat, daß weltweit die Kohle durch Erdöl ersetzt wurde. Dabei haben die amerikanischen und englischen Ölmonopole eine ganz entscheidende Rolle gespielt.

Serie Energiekrise und Imperialismus

Auch in der öffentlichen Diskussion, die heute geführt wird, fällt das Wort „Ölmultis“, sobald von Energieknappheit und Preistreibern die Rede ist. Die Macht der Multis ist ein Mythos geworden. Worauf beruht diese Macht?

Die zehn größten Konzerne der Ölbranche machten allein einen Umsatz von über 500 Milliarden Mark und kassierten mehr als 24 Milliarden Mark Profit. Betrachtet man alle Branchen der Wirtschaft, dann sind von den 10 größten Monopolen der Welt nicht weniger als sieben Ölmonopole, die sogenannten „Sieben Schwestern“.

Das sind beeindruckende Tatsachen. Aber allein durch diese Zahlen wird die Macht der Multis noch nicht erklärt. Woher dann?

Man kann darauf mit einigen wenigen Namen antworten.

Vor allem: Rockefeller und Morgan. Die Supermilliardärsippen aus den USA sind die führende Gruppe im Ölgeschäft.

Der von John D. Rockefeller gegründete „Standard Oil Trust“ wurde 1912 vom amerikanischen Kartellamt aufgelöst und in bundesstaatliche Unternehmen aufgeteilt. Je etwa 2 Prozent der Aktien aller dieser Gesellschaften behielten die Rockefeller. Aber außer ihnen gab es keinen Aktionär der auch nur einen ähnlich großen Kapitalanteil hielt. Trotz der relativ geringen Kapitalmenge blieben sie also Großaktionäre. Und die Banken der Rockefeller waren und blieben die Hausbanken der Ölgesellschaften, die aus dem Trust hervorgegangen waren. Nachdem die Finanzgruppen der Rockefeller und der Morgans miteinander verschmolzen waren, wurde diese Übermacht noch deutlicher.

Allein drei der „Sieben Schwestern“ der riesigen Ölmonopole gehören zur Rockefeller/Morgan-Gruppe.

Und noch weitere riesige Konzerne, die in jeder anderen Branche zur absoluten Spitze zählen würden, gehören zum Ölimperium der New Yorker Finanzmagnaten: die Standard Oil of Indiana, Standard Oil of Ohio, Continental Oil Company und verschiedene andere mehr, alle hervorgegangen aus dem „Standard Oil Trust“, auch wenn sie heute zum Teil andere Namen tragen.

Der Öltrust dieser Finanzgruppe machte 1978 Umsätze von fast 300 Milliarden Mark und Profite von über 20 Milliarden!

Die beiden anderen amerikanischen „Ölschwester“, die „Gulf Oil“ und die „Texas Oil Company“ Texaco, arbeiten immer enger zusammen und gelten als eigenes Gespann. Dabei ist die „Gulf Oil“ führender Trust einer zweiten, extrem mächtigen US-amerikanischen Finanzgruppe.

Auch sie, die Mellons, die „Könige von Pittsburgh“, verfügen neben der „Gulf“

noch über zahlreiche weitere, milliardenträchtige Ölfirmen. Dieser Finanzgruppe gehört unter anderem das größte Stahlmonopol der Welt, die „US Steel Company“ in Pittsburgh, der größte Hersteller von Atomkraftwerken der Welt, die „Westinghouse Electric Company“ in Pittsburgh und die „Aluminium Corporation of America“ Alcoa, ebenfalls in Pittsburgh, die das größte Aluminiummonopol der Welt ist.

Von den 15 Finanzgruppen, die heute die USA beherrschen, sind also zwei der allermächtigsten im Öl- (und Energie-) geschäft führend.

Die „Sieben Schwestern“ werden vervollständigt durch die „British Petroleum Company“ BP (ehemals Anglo-Iranian Oil Company) und die „Royal Dutch/Shell Oil Company“.

Die BP war unter dem Kommando der Lords of Strathalmond und der Barones Barran zum Giganten geworden, deren Sippen auch heute noch wesentlich daran beteiligt sind, trotz des staatlichen Anteils. Die Führung aber haben bei der BP die Londoner Banken, hinter denen die Macht der gewaltigen Finanzgruppe der Barone Rothschild steht. Sie verfügen auch über die Macht in der „Shell“, an der auch immer noch die Sippe ihres Gründers, des fanatischen Nazianhängers „Sir“ Henry Deterding, beteiligt ist.

Der entscheidende Grund für die Macht der Ölmultis besteht also darin, daß hinter ihnen die allermächtigsten amerikanischen und englischen Finanzgruppen stehen, die über weite Teile der Wirtschaft kommandieren, nahezu grenzenlose Kapitalreserven haben und einen übermächtigen eigenen Machtapparat aufgebaut haben. In den USA zum Beispiel gehören die drei größten Fernsehgesellschaften NBC, ABC und CBS der Rockefeller/Morgan-Gruppe, in England kommandieren die Rothschilds den größten Pressetrust.

Früher offen, heute verdeckt organisieren diese sieben Supermonopole Kartelle, sprechen sich bis ins kleinste Detail ab, bis zur Preisgestaltung ihrer Tankstellen in irgendeinem der über 100 Länder, in denen sie das Ölgeschäft beherrschen.

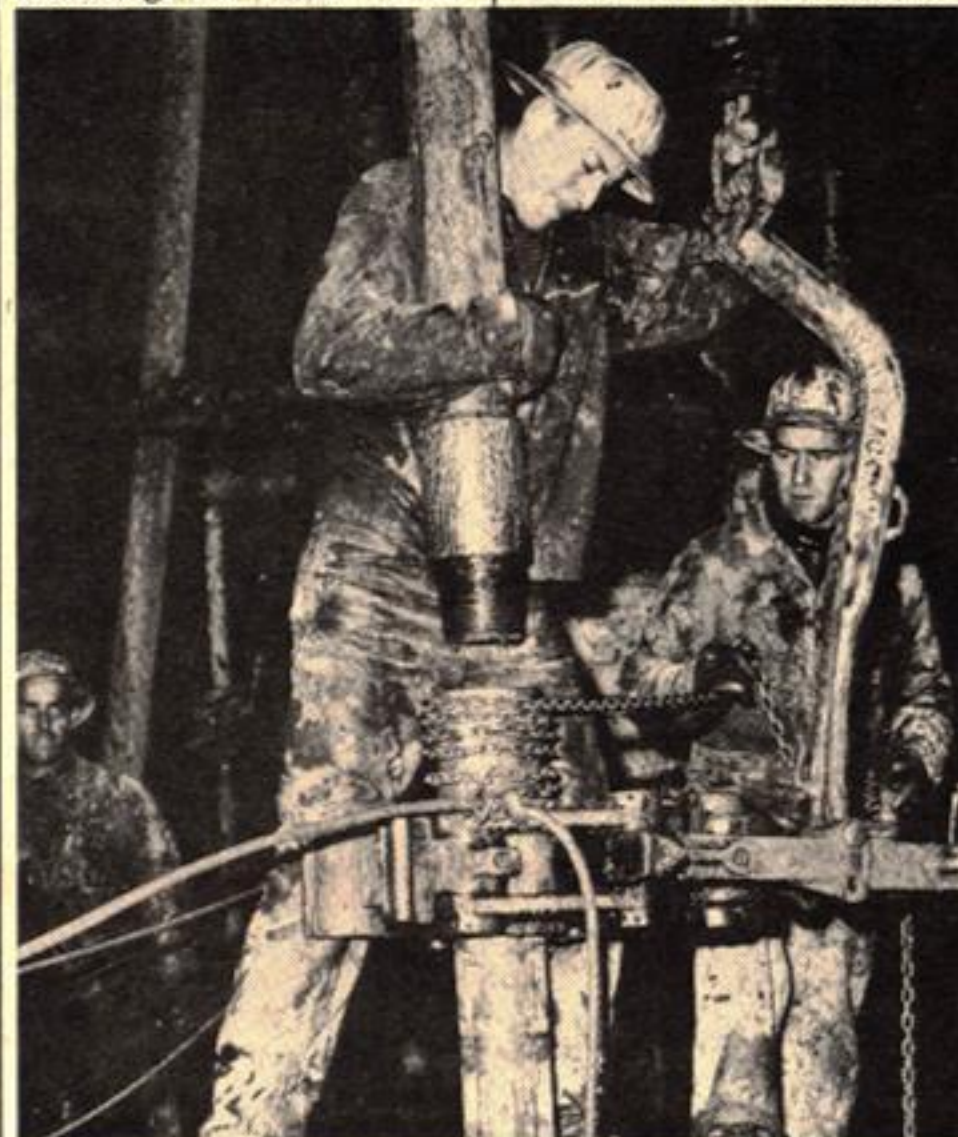
Ölmultis: Krisenmacher

Wenn man verstehen will, warum gerade heute überall von Energiekrise gesprochen wird, warum gerade heute die Preise turmhoch steigen, muß man sich die früheren Energiekrisen betrachten, die sich in

schöner Regelmäßigkeit wiederholen und stets vom Öl ausgelöst wurden.

Anfang der 50er Jahre wurde in Persien das Regime des Schahs gestürzt. Die nationalistische Regierung Mossadegh verstaatlichte die Erdölindustrie. Sie enteignete die „Anglo-Iranian Oil Company“, die bis dahin 100 Prozent aller Ölrechte in Persien besessen hatte.

Die „Anglo-Iranian“ einigte sich mit den sechs anderen großen Monopolen darauf, keinen Tropfen Öl aus Persien zu kaufen. Gemeinsam wurde beschlossen, jeden vollständig zu boykottieren, der persisches Öl kaufte. So organisierten sie den Totalboykott der persischen Wirtschaft. Die persische Wirtschaft war einseitig aufs Öl ausgerichtet, weshalb dieser Boykott sehr schnell zu einer starken Verschlechterung der Lebenslage des Volkes führte.



Ölarbeiter. Ihre harte Arbeit ist die Quelle der Milliardenprofite der Finanzmagnaten Amerikas und Englands.

Zahllose Agenten reisten ins Land oder wurden dort angeworben, die Sabotage betrieben, eine weltweite Propagandakampagne wurde inszeniert, Regierungen übten Druck aus, alle Register imperialistischer Erpressung wurden gezogen. So wurden die Bedingungen dafür geschaffen, daß die amerikanische CIA den Schah an die Macht zurückputschen konnte.

Als „Belohnung“ dafür mußte die Anglo-Iranian 60 Prozent ihrer Anrechte an die anderen „Schwestern“ abgeben und nannte sich fortan BP.

Auch damals war weltweit Endzeitstimmung geschürt worden. Überall hieß es plötzlich, es sei kein Öl mehr da. Die Öl-

förderung in anderen Ländern, die ja ebenfalls von den Multis kontrolliert wurde, wurde nicht erhöht. Die Preise stiegen astronomisch. Am Ende dieser „Krise“ waren die Monopole zweifacher Sieger: sie verfügten wieder über das persische Öl und sie hatten durch die Preistreiber ihre Profite gewaltig erhöht.

Nach der letzten der verschiedenen Ölkrisen, 1974, als einmal mehr angeblich das Öl knapp gewesen war, jammernten die Ölmonopole vier Jahre lang, bis Oktober '78, sie hätten zuviel Öl, sie hätten Absatzschwierigkeiten. Tanker gingen auf Jahre vor Anker, Raffinerien wurden stillgelegt, Öl gekunkert. Mit einem Mal war nicht mehr die Rede davon, daß jemals Öl gefehlt habe. Im Gegenteil, es wurde offen zugegeben, es sei immer genügend Öl vorhanden gewesen. Lediglich die Armada der Mammut-tanker, von den Ölmonopolen

ein gewisser Einschnitt. Eine neue Gruppe trat am Ölmarkt auf: die OPEC!

Kartell der Grundeigentümer und nationalen Kapitalisten

Die OPEC wurde 1960 gegründet, auf Initiative Venezuelas, des damals wirtschaftlich fortgeschrittensten Öllandes.

Zu jener Zeit bezahlten die Ölmultis, je nach Region, „Preise“ zwischen 20 Pfennig und 1 Mark für ein Barrel (159 Liter) Öl. Als sie diese Brosamen sogar noch verknappen wollten, wurde das OPEC Kartell gegründet, zur Wahrung des Preises.

Mit den großen Veränderungen, die auf der Welt in den sechziger und siebziger Jahren stattfanden, mit dem gewaltigen Anwachsen der Bewegungen der Völker der Kolonialländer gegen den amerikanischen Imperialismus, geriet allmählich auch die offene kolonialistische Herrschaft der Ölmultis in den Ölländern unter Druck.

Die Völker dieser Länder erhoben, völlig zu Recht, die Forderung, der grenzenlosen Ausbeutung der Naturreichtümer durch die Monopolisten Schranken zu setzen.

Die reichen Klassen dieser Länder nutzen diese Forderung für sich aus, um ihren Anteil am Profit zu erhöhen.

In Saudi-Arabien wurde die „Arabian-American Oil Company“ Aramco, in ein Konsortium umgewandelt, an dem zur Hälfte die Sippe der Sauds, die größten Grundeigentümer des Mittleren Ostens, zur anderen Hälfte die amerikanischen Ölmonopole, unter Führung der Exxon, beteiligt sind. Auch in Abu Dhabi wurde ein solches Konsortium geschaffen, in dem die „Shell“ die Führung hat. Ebenso geschah es in den Arabischen Emiraten und in weiteren Ländern in Nah- und Mittelost.

In mehreren Ländern, wo die Volksbewegung gegen den Imperialismus besonders stark war, kam es zur Bildung von Regierungen mit einem nationalenrevolutionären Anspruch, die mit diesen Konsortialgesellschaften nicht einverstanden waren, und die deshalb die Ölfelder nationalisierten. Algerien, der Irak und dann vor allem Libyen führten Verstaatlichungen durch.

Diese Verstaatlichungen trafen natürlich die Macht der Ölmonopole. Da 1973 das Jahr war, indem diese verschiedenen Anstrengungen einzelner Län-

Die Rockefellers: Ihr mächtiges Finanzimperium bestimmt das Ölgeschäft. Exxon ist das Flaggschiff dieser reichsten Finanzgruppe der Weltgeschichte.

der zusammentrafen, wurde das auch das Jahr des Einschnitts in die Alleinherrschaft der Monopole.

Seitdem gilt gerade diesen Ländern, und heute besonders auch dem Iran, die ungezügelter Propagandakampagne der von den Finanzmagnaten gesteuerten westlichen Massenmedien.

Die Tatsache, daß sich eine Kaste von mittelalterlichen Tyrannen, von Scheichen und Königen, Obristen, Generälen und sonstigen Reaktionen an den höheren Abgaben der Multis bereichern, daß diese die eigenen Völker schamlos ausplündern, das wollen die Geldkönige der Wall Street benutzen, um ihr eigenes Ziel, die Ölfelder in allen Ländern wieder in die Hand zu bekommen, durchzusetzen. Es ist kein Zufall, daß bei der immer heftigeren Haßpropaganda kaum ein Wort über die Saudkönige fällt, die ein Land nach ihrem Namen nennen, und auch nicht über die Emire, sondern daß Lybien und heute den Iran die Hetze trifft. Denn die Aramco wird nach wie vor völlig von der Rockefeller/Morgan-Gruppe kontrolliert, während das in den genannten Ländern nicht der Fall ist.

Hauptargument der Multis ist dabei die Behauptung, die OPEC verteuere und verknappe das Öl.

Tatsache ist, daß der OPEC-Preis, der noch heute unter dem Preis für Öl aus den USA liegt, noch nicht einmal 23 Prozent des Endverkaufspreises ausmacht. Tatsache ist, daß die Multis Öl aus Saudi Arabien, wo sie 18 Dollar Abgaben pro Barrel bezahlen müssen, genauso teuer verkaufen, wie Öl, für das sie 22 Dollar bezahlen müssen.

Das Diktat über die Preise haben nach wie vor die angloamerikanischen Milliardärsippen, die bei weitem die größte Macht im Ölgeschäft geblieben sind. Sie sind es, die über die Tankerflotten und Raffinerien verfügen, ihnen gehören die Handelsgesellschaften und Tankstellen, für sie arbeiten die Geologen, Bohrmannschaften und Spezialisten, ihnen gehören die meisten Bohrtürme. Nach wie vor verfügen sie über mehr als 2/3 der Ölfelder, haben sie Lieferverträge, die ihnen feste Mengen zusichern.

Kaum ist in der Bundesrepublik der Benzinpreis über 1 Mark gestiegen, kündigen jetzt die Monopole weitere Preiserhöhungen für September an. Und noch weitere wollen sie folgen lassen. Ihr Ziel ist es, in Westeuropa einen möglichst einheitlichen Benzinpreis zu bekommen, sprich, auch in der Bundesrepublik das französische Niveau zu erreichen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Nachschlagsforderung

DGB-Führer in einer Front mit den Kapitalisten

Der Hauptvorstand der IG Metall in Frankfurt schmettete den Antrag der baden-württembergischen Großen Tarifkommissionen auf Kündigung der Tarifverträge über Betriebliche Sonderzahlungen ab. Nicht etwa, weil er stattdessen für eine echte und klare Nachschlagsforderung wäre. Im Gegenteil. Loderer, Janßen und Co. stehen auf dem Standpunkt, die Arbeiterschaft soll sich geduldig und ohne zu mucken von den Profitthaien in den Konzernpalästen ausplündern lassen.

Bei den Metallarbeitern hat die Entscheidung des Hauptvorstands Empörung ausgelöst. Genau entgegengesetzt war die Reaktion im Lager der Kapitalisten. Hier wurde die Haltung der IGM-Spitze einhellig begrüßt und mit unverhohlener Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall gab zum Beispiel folgenden Kommentar ab: „Ich sehe keine Anlaß, den Vorstand der IG Metall zu loben. Ich stelle nur fest, daß er richtig entschieden hat.“ Die Unternehmerrzeitung „Handelsblatt“ schreibt, das Nein zu dem Antrag aus Baden-Württemberg erkläre sich daraus, „daß sich der Gewerkschaftsvorstand auch seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt war“. Gleichzeitig befürchtet das Handelsblatt mit Recht: „Die IG-Metall-Spitze wird es schwer haben, ihren Beschluß der Gefolgschaft plausibel zu machen!“ Auch die „Frankfurter Rundschau“ spart nicht mit Lob: „Kein Zweifel, die IG Metall hat eine mutigen Beschluß gefaßt.“

Die Lobessprüche an die Adresse der Loderer und Janßen kommen nicht von ungefähr. Die IG-Metall-Führung und darüber hinaus die DGB-Führung insgesamt setzt sich in offenem Gegensatz zu den Forderungen der Arbeiterschaft für die Verteidigung der Profite der Konzernherren ein. Sie versucht, die Nachschlagsbe-

wegung abzublocken und die Arbeiter und kleinen Angestellten zu zwingen, sich mit dem Sinken ihrer Reallohne und ihres Lebensstandards abzufinden.

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat bereits in der vorletzten Woche bei seinem „Spitzengespräch“ mit dem Unternehmerpräsidenten Esser klargestellt, daß die deutschen Unternehmer sich auf den Beistand und die Solidarität der DGB-Führung stützen können. Vetter erklärte, zwischen ihm und dem Unternehmerpräsidenten herrsche Übereinstimmung darüber, „daß wir in einer ganz kritischen Situation stehen“. Die Stabilität der Konjunktur sei durch außenwirtschaftliche Einflüsse bedroht. Es komme gegenwärtig darauf an, alle negativen Konjunkturfaktoren im eigenen Land klein zu halten.

Vetter stimmt voll in die verlogene Propaganda ein, die Preiserhöhungen kämen nur oder hauptsächlich vom Ausland, unsere inländischen Kapitalisten seien selbst bedauernswerte Opfer der Preistreiber. Offen predigt Vetter die Klassenzusammenarbeit. Er verlangt, daß die Arbeiter stillhalten und für das „wirtschaftliche Ganze“ den Gürtel enger schnallen. Genau wie die Kapitalistenverbände verteuert er Lohnforderungen als „Gefahr für die Konjunktur“ und als Ursache für die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft.



In trautem Einvernehmen: Unternehmervertreter Esser und Vetter

Nachschlagsbewegung

Das Wichtigste jetzt: selbständiger Kampf im Betrieb!

Selten ist in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis so massiv und geschlossen eine spontan entstandene Forderung erhoben worden, wie jetzt die Forderung nach einem Lohn- und Gehaltsnachschlag zum Ausgleich für die davongaloppierenden Preise. Und die spontanen Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Betrieben zeigen: Es gibt eine starke Bereitschaft in den Belegschaften, für die Durchsetzung dieser Forderung zu kämpfen.

Es ist ganz klar: jetzt abwarten und stillhalten, bis die reguläre Laufzeit der geltenden Lohn- und Gehaltsstarife beendet ist, heißt nichts anderes, als die Raubzüge der Konzernherren hinzunehmen und sich mit sinkenden Reallohnen abzufinden.

Genau das aber verlangt die DGB-Führung. Sie verrät damit, daß es ihr nicht um die

Interessen der Arbeiter geht, sondern um die Interessen der Kapitalisten. Wie schon beim Kampf der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche, fällt die DGB-Führung der Arbeiterklasse genau in einem Moment in den Rücken, wo es besonders wichtig wäre, gegenüber der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiterschaft die ganze Wucht und Kraft der Einheitsgewerkschaft in die Waagschale zu werfen.

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB, in der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ auf die Frage, ob es zwischen ihm und dem Unternehmerpräsidenten Esser Gemeinsamkeiten in der Frage des Nachschlages gibt:

Außerdem meine ich, die Öffentlichkeit sollte sich nicht verrückt machen lassen.“

Dieser Verrat untergräbt die Fähigkeit der Arbeiterschaft, die schweren Angriffe der Unternehmer auf die Arbeitsplätze, auf Löhne und Arbeitsbedingungen zurückzuschlagen. Er begünstigt den Abbau demokratischer Rechte, den Vormarsch der äußerst reaktionären Kräfte, die von Strauß repräsentiert werden.

Umso wichtiger ist es jetzt, nicht zu resignieren, sondern unabhängig von den Spitzengremien des DGB-Apparats die Nachschlagsbewegung zu organisieren und voranzutreiben. Vor allem auf selbständige Aktionen kommt es jetzt an. Von Protesterkklärungen, Entschuldigungen, die sich an die Gewerkschaftsführung und an die Werksleitungen richten, gilt es überzugehen zu Aktionen und Kampfmaßnahmen in einzelnen Abteilungen und Werkshallen bis hin zu Kampfmaßnahmen im Gesamtbetrieb, zu befristeten und unbefristeten Streiks.

Es gilt jetzt, alles Mögliche zu tun, um auf Betriebsebene Nachschlagsforderungen durchzusetzen. Das ist das Wichtigste. Gleichzeitig aber muß innerhalb der Gewerkschaften weiterhin die Forderung an die Führung des DGB bzw. der Einzelgewerkschaften gerichtet werden, daß die laufenden Lohn- und Gehaltsstarife vorzeitig gekündigt und daß sofort Verhandlungen über einen Ausgleich für die Preis-

steigerungen in Form von Lohn- und Gehaltserhöhungen aufgenommen werden.

Da es aber nicht genügt, allein der Notwendigkeit des Augenblicks entsprechend zu kämpfen, müssen wir im Kampf für einen Nachschlag zugleich bessere Ausgangsbedingungen für künftige Arbeitskämpfe schaffen. Die Organisation und der Zusammenschluß der Arbeiterschaft muß vorangetrieben werden. Kurz: die Nachschlagsbewegung muß für den verstärkten Aufbau und die Verbreitung der revolutionären Gewerkschafts-Opposition genutzt werden.

Gerade die jetzige Sabotage der DGB-Bonzen am Kampf für einen Nachschlag zeigt, wie notwendig es ist, die klassenkämpferische Opposition innerhalb der Gewerkschaft zu stärken, sie bewußter zu machen und vor allem, sie zusammenzuschließen und zu organisieren. So ist zwar die spontane Bewegung und Kampfbereitschaft für einen Nachschlag in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis vorhanden. Aber es fehlt dieser Bewegung an Organisiertheit, an Einheitlichkeit und an einer revolutionären Leitung. Diese Schwächen zeigen uns, wie schädlich jene Theorien und Parolen sind, die sich gegen die Organisation einer zielklaren, einheitlichen und schlagkräftigen Opposition richten.

Wer die Organisation der klassenkämpferischen Opposition in den DGB-Gewerkschaften ablehnt, lehnt im Grunde einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterschaft ab. Natürlich ist es wichtig und gut, Forderungen an die Gewerkschaftsführung zu richten, Druck auf die Bonzen auszuüben und sie zu gewissen Beschlüssen und Schritten gegen die Unternehmer zu zwingen. Aber das allein genügt nicht. Es gewährleistet weder die Durchsetzung der Forderungen, die momentan auf die Tagesordnung gesetzt sind, noch reicht es aus, um der Sabotage und den Verrätereien der Loderer, Hauenschild, Kluncker und Co. am gewerkschaftlichen Kampf wirkungsvoll zu begegnen. Gar nicht zu reden von der Notwendigkeit, ihren Einfluß im DGB zu brechen und sie aus den Gewerkschaften hinauszujagen.

Auch Krankenhauspersonal fordert Nachschlag

Immer neue Resolutionen und Beschlüsse kommen aus den Betrieben und von der gewerkschaftlichen Basis mit der Forderung nach einem Lohn- und Gehaltsnachschlag. So hat sich inzwischen auch die Vertrauenskörperleitung von Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund der Bewegung angeschlossen. Sie fordert einen Teuerungs- ausgleich, „der in den noch laufenden Tarifvertrag einfließt und Lohn- und Gehaltsbestandteil bleiben muß“.

Am Mittwoch vergangener Woche verabschiedete auch der Vertrauenskörper der IG Metall der zum Klöckner-Konzern gehörenden Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg (Oberpfalz) einen Antrag an die Tarifkommission. Darin fordern die Kollegen einen Teuerungszuschlag von 150 Mark monatlich bzw. 50 Mark für Auszubildende, zahlbar rückwirkend vom 1. Juli an und bis einschließlich Februar nächsten Jahres.

Die Bewegung beschränkt sich inzwischen auch nicht mehr auf die Metallindustrie. Sie breitet sich auch in anderen Branchen aus. So beschloß beispielsweise die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe im Zentralkrankenhaus Bremen-Ost: „Wir fordern einen Zuschlag von 200 Mark pro Monat für die restliche Laufzeit des Tarifvertrages“.

HBV / West-berlin: Große Tarifkommission lehnt Tarifabschluß ab



Warnstreik in Westberlin: Kolleginnen von Karstadt auf dem Weg zur Streikversammlung

Mehrere tausend Verkäuferinnen und Verkäufer hatten sich im Juni und Juli in Westberlin in den Großkaufhäusern und in großen Supermärkten an mehrstündigen Warnstreiks beteiligt, um die Forderung ihrer Gewerkschaft HBV nach 130 Mark Lohn- und Gehaltserhöhung durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführung aber war ihnen in den Rücken gefallen und hatte einem faulen Kompromiß zugestimmt: die Verkäuferinnen sollten nur zwischen 60 und 80 Mark mehr auf 1 640 Mark Endgehalt bekommen. Jetzt hat die Große Tarifkommission den ausgehandelten Tarifabschluß abgelehnt. Begründung: er sei unter Berücksichtigung der Inflationsrate nicht akzeptabel. Außerdem nannte die Große Tarifkommission als Grund, daß die Unternehmensebene sich weigerte, eine Klausel zu akzeptieren, nach der niemand wegen seiner Beteiligung an Warnstreiks gemäßregelt werden darf.

VFW in Bremen

IGM-Vertrauensmann fristlos entlassen

Arbeitsniederlegung gegen Produktionsverlagerung

Arbeiterkorrespondenz. Wegen „Arbeitsverweigerung und Aufwiegelei“ kündigte die Direktion der Bremer „Vereinigten Flugtechnischen Werke“ (VFW) dem IGM-Vertrauensmann Detlef S. fristlos.

Detlef hatte an einer Arbeitsniederlegung gegen die Verlagerung von Abteilungen teilgenommen. Seine Entlassung ist der bisherige Höhepunkt von Versuchen der Werksleitung, jegliche gewerkschaftliche Arbeit in diesem Rüstungsbetrieb abzuwürgen.

VFW ist bekannt für seine kampfstärke Belegschaft. 1977 verhinderten die Kollegen durch Arbeitsniederlegung und Protestmärsche die faktische Schließung ihres Betriebes. Damals wurde VFW saniert, mit öffentlichen Geldern und in Hinblick auf den Zusammenschluß mit der bayrischen Waffenschmiede Messerschmidt-Bölkow-Blohm.

Im Mai dieses Jahres zeigten die Kollegen, daß sie noch zu kämpfen verstehen. Mit zwei Arbeitsniederlegungen protestierten sie gegen die Verhältnisse in der Halle 2. Durch den Aufbau der Taktstraße für das Kampfflugzeug „Tornado“ war die Halle völlig überbelegt, es war zu eng, zu laut, zu heiß, es gab zu wenig sanitäre Einrichtungen usw. Durch ihre Streiks erreichten die Kollegen, daß die

Halle für über 700 000 Mark umgebaut wird.

Jetzt geht es um die Verlagerung von mehreren Abteilungen aus dem Werk Bremen nach Lemwerder (bei Bremen). Am 9. Juli wird den betroffenen Kollegen mitgeteilt, daß ihre Abteilungen zum 23. Juli mit Beginn des Betriebsurlaubs verlegt werden. Daraufhin treten sie in den Streik und verlangen Auskunft über ihre zukünftigen Arbeitsplätze, weil ihre jetzige Beschäftigung in Bremen ja entfällt.

Direktor Dr. Müller kommt und erklärt, er habe es nicht nötig, Auskünfte zu geben und die Kollegen sollten sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Niemand läßt sich dadurch einschüchtern. Da greift er sich den Vertrauensmann Detlef heraus: wenn er nicht sofort an die Arbeit ginge, würde er entlassen werden. Detlef fällt seinen Kollegen nicht in den Rücken — wenige Tage später bekommt er die Kündigung.

Bei den Stempeluhren erscheint ein Aushang der Direktion, worin sie schreibt, sie sehe

spontane Arbeitsniederlegungen als „rechtswidrig“ an und werde sie mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen“ (= Rauschmiß) ahnden.

Eine Gegenmaßnahme der Belegschaft ist eine Unterschriftensammlung für den Entlassenen. Ein Vertrauensmann berichtet, daß er von seinem Vorgesetzten an der Sammlung der Unterschriften behindert wurde. Der Vorgesetzte forderte ihn auf, an seinen Arbeitsplatz zurückzugehen, und drohte ihm, man werde „mit äußerster Härte gegen jede gewerkschaftliche Betätigung während der Arbeitszeit vorgehen.“

Inzwischen zieht die Sache in Bremen Kreise. Die Ortsverwaltung der IG Metall, an die sich der Betriebsrat wandte, sah sich genötigt, ein Flugblatt rauszugeben. Von den Großbetrieben Daimler, Vulkan, Klöckner und von Arzthelferinnen in der Gewerkschaft ÖTV trafen bisher Solidaritätsadressen ein. Detlef hat Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht eingeleitet.



AEG-Kanis-Essen

1 300 werden entlassen

Am Montag, den 23. Juli wurden die bereits auf Kurzarbeit gesetzten 1 500 Kolleginnen und Kollegen der Gasturbinenfabrik AEG-Kanis-Essen (AKE) zu einer Betriebsversammlung zusammengetrommelt. Was manch einer gehaut hatte, was schon zu Beginn der Frühschicht als Gerücht die Runde

Für die Werktätigen der Revierstadt Essen, die mit einer Arbeitslosenquote von 5,8 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist das ein harter Schlag. Wo sollen die neuen Arbeitslosen unterkommen? Bei den 500 Kollegen, die bis Weihnachten entlassen werden sollen, sind über 100 Schwerbeschädigte; ihr Schicksal liegt völlig im Dunkeln.

Am Dienstag, den 24. Juli, machte sich die Empörung Luft. Nach der Frühstückspause warfen über 1 000 Kollegen die Klamotten hin und zogen durch die Innenstadt vor das Rathaus. „Zwingt den Diktator Cipa (Vorstandschef des AEG-Telefunken-Konzerns) an den Verhandlungstisch!“ konnte man auf einem der vielen Transparente lesen.

Doch so überraschend, wie es von der bürgerlichen Presse und auch einigen Gewerk-

schaftsfunktionären dargestellt wurde, kam die Sache nicht. Bereits im April registrierte der „Spiegel“ Branchengerüchte, nach denen AEG-Kanis zum Verkauf freigegeben werden solle. Und bei der letzten Aktionärsversammlung des Konzerns AEG-Telefunken, unter dessen Dach auch AEG-Kanis gehört, gab Dr. Cipa die Marschroute an: „Aufgegeben werden müssen Engagements mit nachhaltig schwacher Marktstellung und niedrigen Zukunftswachstumsraten.“ Im Klartext: Aus der Gasturbinenfabrikation lassen sich keine Maximalprofite mehr herausziehen, also wird das Kapital aus diesem Bereich herausgezogen, die Gasturbinenherstellung aus dem Konzern abgekoppelt, die Kollegen auf die Straße gesetzt.

Bleibt zu fragen, warum auch die IG Metall durch den

machte, wurde vom Aufsichtsratsmitglied Strub unter einem schrillen Pfeifkonzert der Kollegen offiziell bekanntgegeben: AKE macht dicht; bis 1980 werden 1 300 Kollegen gefeuert.

Liquidierungsbeschluss so überrascht zu sein scheint. Denn eigentlich müßte sie in die Sanierungsabsichten eingeweiht gewesen sein; denn neben den Vertretern der drei größten deutschen Banken sitzt auch der Essener 1. Bevollmächtigte der IG Metall Karl-Heinz Völker im Aufsichtsrat der AEG-Kanis. Merkwürdig ist es außerdem, daß sämtliche Stadtratsfraktionen „überrascht und betroffen“ sind, (im Herbst sind Kommunalwahlen), denn derselbe Völker sitzt auch im Stadtrat als SPD-Ratsherr.

Der Überraschungscoup des Konzernvorstands konnte nur mit der Stillhaltetaktik von IGM-Funktionären gelingen. In dieser für die betroffenen Kollegen ungeheuer ernsten Situation ist es unbedingt erforderlich, die gesamte Gewerkschaft zu mobilisieren, Solidaritätsak-

tionen anderer Betriebe zu organisieren und durch machtvoll Protestaktionen – den Arbeitsplatzvernichtern in den Arm zu fallen. Die letzten Arbeitskämpfe haben gezeigt, daß auf die DGB-Bonzen dabei kein Verlaß ist, daß die Gewerkschafter, die Vertrauensleute den Kampf wenn nötig in die eigene Hand nehmen müssen.

Der Essener Coup wird nicht der letzte Schlag der Bosse sein. Bis Ende des Jahres soll die Gesamtbelegschaft des Konzerns um 15 300 auf 126 000 reduziert werden.

Weil sie solidarisch mit den Stahlarbeitern waren

Staatsanwalt ermittelt gegen Betriebsräte der Druckindustrie

Gegen vier Betriebsratsmitglieder von der Bremer Tageszeitung „Weserkurier“ wird von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdacht auf Nötigung“ geführt (siehe auch RM Nr. 26 vom 29.6.79, S. 4).

Der Grund? Im November letzten Jahres hatten Drucker und Setzer beim „Weserkurier“ durch ihren Protest verhindert, daß eine Anzeige der Stahlkapitalisten abgedruckt worden war, die der Verteufelung des Stahlarbeiterstreiks diente.

Die vier Kollegen, unter ihnen auch der Betriebsratsvorsitzende, erhielten Mitte Mai eine Vorladung vom 13. Kommissariat der Bremer Kriminalpolizei. Das 13. Kommissariat ist für „politische Straftaten“ zuständig. Man nennt diese Abteilung auch politische Polizei oder kurz „Popo“.

Gegenüber den vorgeladenen Arbeitnehmervertretern schilderte der zuständige Kripo-Sachbearbeiter folgendermaßen, wie es zu dem Ermittlungsverfahren gekommen war: Am 1. Dezember 1978 hatte die Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Unbekannt erstattet, nachdem am 28. November das erwähnte Inserat des Stahlunternehmerverbandes nicht abgedruckt worden war. Die Weserkurier GmbH hatte für die Ermittlungen alle Unterlagen zur Verfügung gestellt. Und eben aus diesen Unterlagen seien – so der Kripomann – die Namen der vier Betriebsratsmitglieder ersichtlich geworden.

Wie war es zum Boykott der Hetzanzeige gekommen? Um gegen den Streik der Stahlarbeiter Stimmung zu machen, hatte der Unternehmerverband eine große Anzeigenkampagne gestartet. Über eine Agentur ließ er auch beim „Weserkurier“

Lohnsteuer für Streikunterstützung?

Stuttgart. — Metallarbeiter im Raum Stuttgart, die beim Arbeitskampf im Frühjahr 1978 Streikgelder bezogen haben, sollen jetzt dafür Steuern nachzahlen. Sie erhielten von den Finanzämtern die Aufforderung, nachträglich zu ihren Anträgen auf Lohnsteuerjahresausgleich auch die Höhe der damals von der IG Metall empfangenen Streikunterstützung anzugeben. Das kann für die Kollegen, die mehrere Wochen im Streik waren, erhebliche Steuerabzüge bedeuten. Die Oberfinanzdirektion beruft sich bei diesem unverschämten Vorstoß auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1970. Darin heißt es, Streikgelder seien als „Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit“ zu erfassen. Tatsache aber ist, daß die Streikunterstützung aus den Mitgliedsbeiträgen der Kollegen stammt. Sie haben sie von ihrem sauer verdienten Lohn bezahlt, den sie bereits schon einmal versteuern mußten. Deshalb ist die

Besteuerung von Streikgeldern illegal und ein nackter Raub.

Junggewerkschafter sammeln Unterschriften für Verbot der Aussperrung

Laubach (Hessen) — Die Gewerkschaftsjugendgruppe des DGB in Laubach in Hessen unterstützte die Kampagne für das Verbot der Aussperrung durch einen Stand auf einem Jugendzentrumsfestival. Die jungen Kollegen konnten 250 Unterschriften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sammeln. Auch in der Fernsehsektion „Hessenschau“ wurde über die Aktivität der Junggewerkschafter berichtet. In vielen Städten sammelt die Initiative jetzt Unterschriften und führt Kundgebungen für das Verbot der Aussperrung durch. So sammelten am vergangenen Wochenende Kollegen in verschiedenen Stadtteilen Dortmunds insgesamt mehrere hundert Unterschriften.



In vielen Städten der Bundesrepublik fanden in diesen Tagen Unterschriftensammlungen der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ statt. Unser Bild zeigt einen Stand im Dortmunder Stadtteil Aplerbeck, bei dem 150 Unterschriften zusammenkamen.



Am Samstag, den 28. Juli zogen Betriebsräte und Vertrauensleute der AEG-Kanis-Essen in die Innenstadt, um auf die Arbeitsplatzvernichtung durch die AEG-Telefunken-Kapitalisten aufmerksam zu machen. Es wurden Unterschriftenlisten ausgelegt, in die sich die Essener Bürger eintragen konnten, um ihre Solidarität mit der um die Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft auszudrücken. Die Gewerkschafter setzten sich zum Ziel, im Laufe einer Woche etwa 50 000 Unterschriften zu sammeln. Doch die Gewerkschafter sind sich einig, daß bloßes Unterschriftensammeln nicht ausreicht; bisher ist nicht bekannt, welche Schritte die Essener Gewerkschaftsspitze weiter plant. Unter den Kollegen wurden Forderungen laut, daß man mit Betrieben im ganzen Ruhrgebiet Kontakt aufnehmen müsse, um den Angriff der Kapitalisten durch gemeinsame Aktionen zurückzuschlagen.

chen. Anders die zuständige Staatsanwaltschaft. Das Verfahren, das sie eiligst gegen die vier Arbeitnehmervertreter in Gang setzte, bedroht die Kollegen mit Geld- oder Haftstrafen. So ergreift die „unabhängige“ Justiz des Bonner Staates wieder einmal auf ausgesprochen niederträchtige Art Partei in einem Arbeitskampf. Natürlich zugunsten der Kapitalisten. Wie auch sonst!

Dieses Ermittlungsverfahren soll, unabhängig davon wie es ausgeht, einen Einschüchterungseffekt wahrnehmen. Der Prolet soll sehen: „In dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist und bleibt der Unternehmer der Herr im Haus und Du hast dein gehorsamer Sklave zu sein...“

Eines aber müssen die Herren Staatsanwälte erkennen: die Arbeiter lassen sich nicht so einfach einschüchtern. Sie wollen nicht mehr Arbeitssklaven, sondern freie Menschen sein. Gerade das Beispiel an Klassensolidarität, das die Drucker und Setzer vom „Weserkurier“ mit dem Boykott der Anzeige gegeben haben, zeugt davon. Diese Solidarität gilt es jetzt auch gegenüber den vier von dem Ermittlungsverfahren betroffenen Kollegen zu praktizieren. Die Genossen der Betriebszelle unserer Partei auf der Klöcknerhütte in Bremen haben dies erkannt. Sie verteilten auf der Hütte ein Flugblatt, das die Stahlarbeiter über den Fall informiert und zur Solidarität aufruft.



„Es bedürfte nur einer einzigen Krise, um die Unabsetzbarkeit dieses gaffigen Panikmachers zu begründen.“ (Spiegel, 1967)

Die Wahl des CSU-Vorsitzenden und ehemaligen Atom-, Kriegs- und Finanzministers Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien hat eine breite Diskussion vor allem unter den Linken hervorgerufen. Wenn man sich auch weitgehend darüber einig ist, daß Strauß die schwärzesten politischen Pläne hegt, so können sich doch nur wenige vorstellen, daß er auch einmal Gelegenheit haben wird, seine Politik ohne das Hindernis der heute noch bestehenden demokratischen Rechte brutal durchzusetzen. Es gibt sogar einige, die die Kandidatur von Strauß geradezu begrüßen, weil das angeblich die beste Möglichkeit sei, ihn durch eine Wahlniederlage loszuwerden.

Der Retter der Nation

War die Bourgeoisie früher noch daran interessiert, wenigstens notdürftig den Eindruck zu erwecken, die Deutsche Bundesrepublik würde von ehrbaren, integren Männern, die der Demokratie verpflichtet sind, geführt, signalisiert sie heute unübersehbar mit der Kanzlerkandidatur des Bayern, daß sie in Zukunft auf solche Rücksichten verzichten wird.

Der wesentliche Grund für die Kandidatur von Strauß liegt in der akuten Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, in der ständig sich verschlechternden Lage der Werk-

Die nächste Folge wird sich mit den zahlreichen Affären von Franz Josef Strauß befassen.

tätigen. Im Mai 1971 sagte Strauß: „Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler haben zu müssen.“ (1) Und Ende Oktober 1974 erklärte er kurz vor der bayrischen Landtagswahl, die die CSU mit 62,1 Prozent haushoch gewann: „Wenn zum Beispiel in den nächsten Jahren die wirtschaftlichen Probleme — Arbeitslosigkeit, Inflation, Weltwirtschaftskrise — immer stärker in den Vordergrund rücken, dann wird der Wähler eine Person mit starker Energie, Durchsetzungsvermögen und wirtschaftspolitischer Orientierung verlangen.“ (2) Es ist wohl keine Frage, wen er mit dieser Person meint.

Heute sind die Herren in den Chefetagen der Konzerne und Banken zu der Einschätzung gelangt, daß ihre bisherige Herrschaftsform aufgrund der sich rasant verschärfenden kapitalistischen Krise auf die Dauer nicht mehr ausreichend ist. Immer mehr setzen sie auf die Karte des offenen Faschismus. Vor diesem Hintergrund muß die Kandidatur von Franz Josef Strauß gesehen werden.

Krisenstrategie

In seiner berühmt-berüchtigten Sonthofener Rede vom November 1974 — nach dem überwältigenden Landtagswahlerfolg der CSU — entwirft Strauß seine Krisenstrategie: „Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen (...) Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen. Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird.“ (3)

Strauß, dem nach CSU-Generalsekretär Stoiber „die Menschen in der Bundesrepublik in ihrer überwiegenden Mehrheit dankbar dafür“ sind, daß er endlich „die ihm aufgetragene Verantwortung übernehmen will“ (4), treibt ein übles Spiel mit den Interessen der „überwiegenden Mehrheit der Menschen“. Dieser Mann sehnt die Wirtschaftskatastrophe, den

„Schock der Öffentlichkeit“ herbei, um dadurch an die Schalthebel der Macht zu gelangen.

Dieser Mann wurde Kanzlerkandidat, weil die große Krise nicht nur in seiner Phantasie existiert, sondern bereits heute mit aller Macht heranrollt und in den nächsten Jahren die Massen in Bewegung bringen wird. Schon in diesem Jahr frißt die Inflation die Lohnerhöhungen, und für die achtziger Jahre sind an die fünf Millionen Arbeitslose vorausgesagt. Genau wie einst Hitler wird Strauß sich dann als Retter in der Not empfehlen.

Strauß hat des öfteren sein politisches Programm in dankenswerter Klarheit verkündet. Von der Sonthofener Tribüne herab erklärte er: „Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse!“ Vorher machte er klar, daß er damit die werktätigen Massen meinte, denn er forderte, daß die Union eigentlich zu allen sozialen Maßnahmen wie Berufsausbildungsabgabe der Kapitalisten etc. „nein“ sagen müsse. Allerdings solle sie das aus taktischen Gründen unterlassen, um nicht „prompt als Reaktionäre, als Arbeitnehmerfeinde, als Unternehmerinteressenvertreter zu gelten.“ Er fährt dann fort: „Noch heute haben sie nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Noch heute besteht nicht ernsthaft die Bereitschaft dazu, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen.“ (5) Auf wessen Kosten diese Sanierung gehen



„Ohne daß es jemand ausspricht, vergleicht die deutsche Öffentlichkeit diesen Mann mit Hitler.“

wird, braucht nicht näher erläutert zu werden.

Frontalangriff auf die Arbeiterbewegung

Strauß ist sich auch völlig im klaren darüber, daß diese „Sanierung“ nicht ohne Gewalt und Terror, ohne brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung vor sich gehen kann; und gerade das ist seine Spezialität, gerade deshalb zieht die Bourgeoisie ihn zunehmend ins politische Kalkül mit ein. Schon in der zweiten Folge unserer Serie wurde darauf hingewiesen, daß er Maßnahmen gegen Demonstrationen forderte, die selbst den konservativen Richterbund an Nazi-Methoden erinnerten.

In den letzten Wochen haben Strauß und seine CSU-Knappen erkennen lassen, daß sie den Generalangriff auf die Einheitsgewerkschaft vorbereiten. Nachdem bereits CDU-Mann Wallmann in Frankfurt ein Demonstrationsverbot über den DGB verhängt hat — das erste Mal in der Geschichte Westdeutschlands — nachdem immer mehr Fälle der Bespitzelung von Gewerkschaftsfunktionären oder Wahlen durch staatliche Organe an die Öffentlichkeit dringen, sind die Pläne der CSU zur „Gewerkschaftsarbeit“ nur die konsequente Fortsetzung einer Politik, die die Gewerkschaft zu zerstören und an ihre Stelle eine Zwangsorganisation unter staatlicher Obergangsicht zu setzen.

Diese Überlegungen der CSU sollten auf keinen Fall leichtfertig abgetan werden, schon gar nicht von den Herren Gewerkschaftsführern, die das Verbot der Frankfurter Kundgebung ohne Reaktion hinnahmen, die sich nicht zu dumm waren, die Spalterpläne der CSU mit Loyalitätsbekundungen gegenüber Strauß im Falle seiner Wahl zu beantworten. Das schafft doch erst den richtigen Boden für die gewerkschaftsfeindliche Arbeit der CSU.

Das Endziel von Strauß in der Gewerkschaftsfrage zeigte sich deutlich im November letzten Jahres. Da nämlich reiste der Geschäftsführer der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung mit einem Brief des CSU-Chefs in der Tasche nach Chile, um

Parteiveranstaltung in Kiel

Stoppt Strauß!

Unter diesem Motto stand eine antifaschistische Veranstaltung in Kiel, zu der die Partei am Donnerstag, den 19.7. aufgerufen hatte. Der Einladung waren an die 90 Freunde und Genossen gefolgt. Mit von der Partie waren verschiedene antifaschistische Initiativen. So hatte die „Gruppe Kieler Antifaschisten“ Informationsstafeln aufgebaut; eine Initiative gegen die Umtriebe der „Grauen Wölfe“ rief zur Mitarbeit auf und warb für die Unterstützung einer Unterschriftensammlung gegen die türkischen Faschisten und deren Verbrechen in unserem Land. Des weiteren stellte sich das örtliche Komitee „Für ein ge-



„Ich bin lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“

mit den faschistischen Militärs Verhandlung über den Aufbau einer von der CSU unterstützten Gewerkschaftsschule zu führen. Vorher hatte Pinochet die noch vorhandenen Gewerkschaften auflösen lassen und Wahlen zu einer „Neugründung“ ausgeschlossen, bei der ehemalige Funktionäre weder aktives noch passives Wahlrecht hatten. Sein Vorbild zu diesem Manöver war die „Arbeitsfront“ der Nazis. Um auch keine Mißverständnisse über die Absichten der CSU in der Gewerkschaftsarbeit aufkommen zu lassen, wies das Organ der Hanns-Seidel-Stiftung, „politischer Weg“, darauf hin, daß sich der chilenische Modellfall jederzeit in den „Demokratien Europas wiederholen“ könne (6).

Frontalangriff auf die Arbeiterbewegung, Zerschlagung ihrer Organisationen, darunter der Einheitsgewerkschaft, das sind Hauptprogrammziele des Faschismus. Und so ist es alles andere als ein böser Ausrutscher, wenn Strauß in Sonthofen ankündigte: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.“ (7)

Als die Kommunisten vor Hitler warnten, haben viele gelacht über den scheinbar lächerlichen Gefreiten, und selbst als er schon Reichskanzler war, wurden die Arbeiter von der SPD auf die nächsten Wahlen vertröstet. Doch die nächsten Wahlen fanden nicht mehr statt. Heute warnen wir Kommunisten vor Strauß!

1 Spiegel Nr. 45, Jg. 1974, S. 32

2 ebenda S. 28

3 Frankfurter Rundschau vom 12.3.1975

4 Bayernkurier vom 20.7.1979

5 Frankfurter Rundschau vom 12.3.1975

6 „Druck und Papier“, Zentralorgan der IG Druck und Papier, Nr. 15, Jg. 1979, S. 9

7 Frankfurter Rundschau vom 12.3.1975

setztliches Verbot der Aussper-

rung“ vor. Im Mittelpunkt des lebendig gestalteten Abends stand ein Parteireferat, das die Notwendigkeit des Aufbaus einer breiten Front gegen Reaktion und Faschismus betonte. Der Genosse wies darauf hin, daß man sich dabei besonders auf das Proletariat konzentrieren müsse. Ohne diese Einheitsfront ist der Marsch Bonns auf ein neues '33 nicht zurückzuschlagen. Die Versammlung war sich einig, dem Kanzlerkandidaten Strauß, der Anfang November Kiel besuchen will, einen „würdigen“ Empfang zu bereiten.



„Es werden noch Zeiten kommen, wo eine Kaserne genauso notwendig ist wie eine Kirche.“

SDAJ-Magazin: Die Risiken der faschistischen Herrschaft

Die stellvertretende Chefredakteurin des SDAJ-Magazins „Elan“, Dorothee Peyko, hat in der Kampagne „Stoppt Strauß“ einige höchst bedenkliche Abweichungen entdeckt. Befremdet muß sie feststellen, daß bei manchem ein „Unterton der Angst“ mitschwingt, daß man einer die „Furcht“ hat: „Wenn dieser Mann nicht zu stoppen ist, könnte es 1983 ein grauenvolles ‚goldenes‘ Jubiläum geben. 50 Jahre danach ein neuer Faschismus.“

Die Furcht vor einem neuen '33 wird dann aber von Dorothee Peyko durch drei bemerkenswerte Argumente besänftigt.

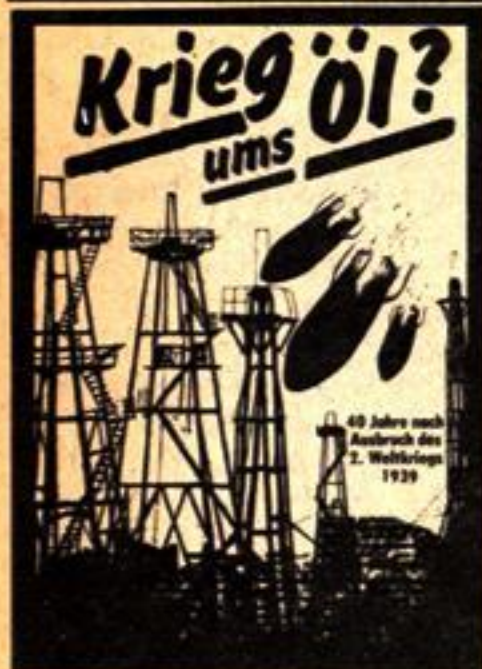
1. Strauß würde es nicht riskieren, die Verträge mit den „sozialistischen Ländern“ zu brechen, um nicht in die außenpolitische Isolation zu geraten. Das mag schon sein, denn die Bourgeoisie hat es schon immer als taktische Frage betrachtet, je nach ihrer Interessenslage Verträge einzuhalten oder zu brechen. Sollte Dorothee Peyko darauf anspielen wollen, daß die Verträge mit den Staaten Osteuropas den Faschismus verhindern helfen, so ist das schlichtweg falsch. Zum einen greifen diese Staaten, die heute längst nicht mehr sozialistisch sind, selber zum faschistischen Terror gegen das Volk; zum anderen haben beispielsweise die Beziehungen zwischen Moskau und dem Iran den Schah keineswegs gehindert, seine blutige Diktatur auszuüben.

2. „Faschismus in der Bundesrepublik — damit könnte er (Strauß, Red.) auch den angemeldeten Führungsanspruch in Europa nicht verwirklichen.“ Westdeutschland spielt schon heute eine führende Rolle in Westeuropa; Bonn ist auch ohne faschistische Diktatur längst dabei, den „Führungsanspruch in Europa“ zu verwirklichen. Die Machtergreifung des Faschismus wird diese Führungsrolle mit Feuer und Schwert bekräftigen und ausbauen, wird die Möglichkeit bieten, im Rahmen der NATO auch eine führende Rolle in Osteuropa mit Waffengewalt anzustreben.

3. „Strauß und die Konzerne wissen auch um die innenpolitischen Risiken einer faschistischen Herrschaft.“ Das letzte ist zugleich das dümmste Argument. Denn die faschistische Diktatur ist ja gerade der drastischste Versuch des Monopolkapitals, sich die „innenpolitischen Risiken“, die durch die sich verschärfende Krise hervorgerufen werden, die ihre Ausbeuterherrschaft gefährden, durch Massenterror vom Hals zu schaffen.

So wird die Gefahr eines neuen '33 schlichtweg geleugnet. So soll der Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, die einzige Möglichkeit, ein neues '33 zu verhindern, abgewürgt werden nach der Logik: Wo es keine faschistische Gefahr gibt, da braucht man auch nicht zu kämpfen.

Einen erfreulichen Aspekt hat die ganze Sache: Offensichtlich gibt es in der SDAJ einige Kräfte, die nicht ohne weiteres bereit sind, sich auf diese Weise „stoppen“ zu lassen. Warum sonst sollte „Elan“ einen derartig deutlichen Kommentar veröffentlichen?



Titel eines zentralen Flugblatts der KPD/ML zum Antikriegstag 1979. In dem Flugblatt sind die untenstehenden Forderungen der KPD/ML enthalten.

Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, fielen die Truppen der deutschen Faschisten in Polen ein und entfesselten den Zweiten Weltkrieg. Sie gaben damit das Startsignal zu einem Massenmorden, zu Verwüstungen und einem Elend bisher nicht gekannten Ausmaßes. Der 1. September ist seither für alle Antifaschisten und Friedenskämpfer ein Mahntag, ein Kampftag gegen den imperialistischen Krieg.

Heute, nach 40 Jahren, ist die Gefahr sowohl des Faschismus als auch des Krieges nicht gebannt. Im Gegenteil! Die Wirtschaftskrise in der Welt und in der Bundesrepublik vertieft sich; und mit der Krise wachsen national und international die Spannungen, die Konflikte, wächst die Not und das Elend der werktätigen Menschen. „Kampf um Energie“ und „Strauß Kanzlerkandidat“ — das sind zwei Schlagworte, die die heutige Situation kennzeichnen. Wieder zeigt sich, daß das kapitalistische System mit seinem Streben nach Profit, mit seiner Konkurrenz, seiner Jagd nach Einflußsphären, Rohstoffen, Absatzmärkten unweigerlich Unterdrückung, Faschismus, bewaffnete Konflikte und Kriege produziert.

Heute, nach 40 Jahren, sind es vor allem die USA und die Sowjetunion, die beiden großen Supermächte, die überall in der

Zum Roten Antikriegstag 1979

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Welt ihre Finger im Spiel haben, die Konflikte anheizen, Kriege schüren und die Welt auf einen neuen, einen dritten Weltkrieg zutreiben.

Heute, nach 40 Jahren, aber hat sich auch die Bundesrepublik „gemausert“ — zur drittstärksten Militärmacht der Welt. 56 Milliarden Mark, ein Viertel des gesamten Bundeshaushalts, werden in diesem Jahr für die Auf-, Aus- und Umrüstung der Bundeswehr ausgegeben. — Die Herren von gestern und heute, die Thyssen, Flick, Röchling, Krupp usw. haben ihren Traum vom großdeutschen Reich, von einem Europa bis zum Ural unter der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus nicht auf-

gegeben.

Und heute, nach 40 Jahren, versuchen die Herren wieder, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen und jeden sich regenden Widerstand durch den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes abzuwürgen. Berufsverbote, Einsätze der Polizei gegen antifaschistische Demonstranten, Erfassung von Millionen fortschrittlicher Bundesbürger (beileibe nicht nur Kommunisten) in den Datenbanken und Karteien des Verfassungsschutzes, Freisprüche von KZ-Mördern vor deutschen Gerichten, immer frecheres Auftreten von alten und neuen Nazis — diese Vorgänge sind längst charakteristisch für die bundesrepublikanische Wirklichkeit geworden.

Es sind Vorgänge, die an die Maßnahmen und Ereignisse erinnern, die einem 30. Januar 1933, die einem 1. September 1939 vorausgingen und ihn vorbereiten halfen.

Heute, nach 40 Jahren, heißt es, wieder der Drohung mit Faschismus und Krieg entgegenzutreten. Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ruft alle fortschrittlichen, friedliebenden und antifaschistischen Menschen auf, mit ihr den 1. September zu einem Höhepunkt des Kampfes gegen Krieg, Reaktion und Faschismus zu machen.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Leidtragender der imperialistischen Kriege ist stets die werktätige Bevölkerung. Das Bild zeigt einen Nazi-Soldaten, im Zweiten Weltkrieg, der eine Mutter mit ihrem Kind erschießt.

Forderungen der KPD/ML

Im Kampf gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie fordert die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten:

- Verbot aller faschistischen Organisationen!
- Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!
- Verbot der Aussperrung durch den Bundestag!
- Keine Berufsverbote und Entlassungen aus politischen Gründen!
- Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen!
- Weg mit dem Polizeiterror und dem Todesschußgesetz!

Im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr unterbreitet die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten als gesamtdeutsche, in beiden deutschen Staaten, der Deutschen Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin, vertretene und kämpfende Partei, folgendes, gesamtdeutsches Forderungsprogramm:

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden

Die Bindung Westdeutschlands an die NATO und EG und Ostdeutschlands an den Warschauer Pakt und den RGW, die Stationierung sowjetischer, amerikanischer, britischer und französischer Truppen auf deutschem Boden ist eine Einschränkung der Souveränität beider deutscher Staaten und Westberlins. Sie vergrößern in hohem Maße die Gefahr, daß im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten die Regierungen, die herrschenden kapitalistischen Klassen beider deutscher Staaten zum Bruderkrieg aufrufen würden, daß Deutschland in die Auseinandersetzungen hineingezogen und damit zum zentralen Schlachtfeld eines Weltkrieges würde. Deshalb fordert die KPD/ML, Sektion Deutsche Bundesrepublik, Deutsche Demokratische Republik und Westberlin:

- den unverzüglichen Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland!
- den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und EG und Ostdeutschlands aus dem Warschauer Pakt und dem RGW!

- Neutralitäts- und Nichtangriffserklärung beider deutschen Staaten und ihre gegenseitige volle staatliche Anerkennung.

Die gewaltigen, jedes Maß übersteigenden Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten gehen voll zu Lasten der Werktätigen. Der Charakter sowohl der Bundeswehr als auch der Nationalen Volksarmee sind der von Angriffs- und nicht von Verteidigungsarmeen. Atomwaffen auf deutschem Boden erhöhen die Kriegsgefahr. Deshalb fordern wir:

- Weg mit atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden!
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus aller Angriffswaffen und ihre Verschrottung!
- Ausreichender Bau von atomaren Bunkern für die Bevölkerung!
- Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr!

Die Erfahrungen des deutschen Volkes in zwei Weltkriegen haben ihm gezeigt, daß die stehenden Heere jedesmal nicht etwa der Verteidigung des Vaterlandes dienten, sondern als Werkzeuge imperialistischer Großmachtinteressen eingesetzt wurden und darüber hinaus als Unterdrückungsinstrument der herrschenden kapitalistischen Klasse gegen die Werktätigen dienten. Auch heute dienen beide deutschen Heere nicht dem Volk, sondern sind zu seiner Unterdrückung bestimmt, dienen den Supermächten als Söldner-, als Angriffsarmeen, als Speerspitzen der NATO und des Warschauer Paktes.

Deshalb kämpft die KPD/ML in beiden deutschen Staaten für die Abschaffung der stehenden Heere und ihre Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung unter proletarischer Führung.

Werktätige beider deutscher Staaten, kämpft mit eurer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten:

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland

Neue Anklage gegen Strippel Frauenmorde im KZ Vught

Gegen den ehemaligen SS-Sturmabführer Arnold Strippel wird nun auch wegen Mordes an Frauen in einem holländischen KZ verhandelt. Strippel ist bekannt als Angeklagter im Majdanek-Prozeß. Gleichzeitig läuft gegen ihn ein Verfahren wegen Mordes an 20 Kindern in einer Hamburger Schule kurz vor Kriegsende.

Strippel hat die Frauenmorde als Schutzlagerführer im KZ Vught bei s'Hertogenbosch gemeinsam mit seinem Kommandanten und seinem Adjutanten begangen. Ausgangspunkt der Tat war eine Meuterei von 91 inhaftierten Frauen in zwei Einzelzellen von jeweils knapp zweieinhalb mal vier Metern hineingepreßt. Die Frauen mußten über 13 Stunden in diesen Zellen verbringen. Viele erlitten von der Salpetersäure des frischen Mauerwerks schwere

Verbrennungen. Nach den 13 Stunden waren bereits zehn Frauen tot; wieviele später an ihren Verletzungen starben, ist nicht bekannt. Einzelne Frauen wurden am nächsten Tag von Strippel persönlich erneut gefoltert und verhört.

Es ist bezeichnend, daß dieser SS-Henker, dieser Mörder von Kindern und Frauen, sich in der Bundesrepublik frei bewegen kann. Ein Skandal ist es, daß der Staatsanwaltschaft in Frankenthal/Pfalz seit elf Jahren aus Vught belastendes Material gegen Strippel vorliegt, ohne daß es bearbeitet wurde. — Die Staatsanwaltschaft ließ im Gegenteil Strippel als Entlastungszeugen in einem Verfahren gegen seine ehemaligen Kumpane — den Lagerkommandanten von Vught und seinen Adjutanten — auftreten. Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt.

Zusammenarbeit SAVAK und Verfassungsschutz

Ein Mord- und Folterkomplott

Die Hetze gegen angebliche „Khomeiny-Kommandos“ in der Bundesrepublik dient den Bonner Offiziellen auch dazu, eigene Untaten zu verbergen: 20 Jahre lang haben bundesrepublikanische Behörden, hat der Verfassungsschutz mit der Geheimpolizei des Schah-Regimes zusammengearbeitet, der Mord- und Terrororganisation SAVAK.

Der SAVAK, 1957 unter Leitung des amerikanischen Geheimdienstes CIA gegründet, dehnte seine Tätigkeit bald auch auf andere Länder aus, unter anderem auf die Bundesrepublik. Die Zentrale des SAVAK war die persische Botschaft in Bonn. Die SAVAK-Beamten hatten diplomatischen Status. Der SAVAK machte unter den in Westdeutschland lebenden Persern Schahgegner ausfindig, überwachte sie mittels eines eigenen Netzes von Spitzeln, verfolgte und terrorisierte sie. Auf das Konto des SAVAK ging zum Beispiel der Einsatz von Hunderten mit Knütteln bewaffneter Jubelperser gegen Anti-Schah-Demonstranten in Westberlin im Jahre 1967. Kein Polizist, kein Staatsanwalt, kein Ausweisungsrichter schritt da ein!

Die Zusammenarbeit zwischen dem SAVAK und dem bundesdeutschen Verfassungsschutz datiert seit dem Jahre 1959. Die beiden Geheimorganisationen tauschten Erkenntnisse über oppositionelle Iraner aus — aber auch kleine Gefälligkeiten wie ein paar Flaschen Wodka zu Neujahr und Tips über einen guten Photographen für Spitzeldienste. Der Bundestagsabgeordnete Thüsing sagte zu dieser Zusammenarbeit: „Der Verfassungsschutz hat so getan, als sei der SAVAK eine Art Unterabteilung. Da reichte ein Anruf des SAVAK an den Verfassungsschutz, man möge doch eine Demonstration persischer Studenten fotografieren, und schon war das gelaufen.“

Die Folgen dieser verbrecherischen Zusammenarbeit sind in ihrem vollen Umfang bis heute nicht bekannt. Der SAVAK gab die in der Bundesrepublik gewonnenen Daten nach Teheran, wo sie festgehalten und ausgewertet wurden. Kam ein Schahgegner in den

Iran zurück, wurde er vom SAVAK in Empfang genommen. Je nach seiner Aktivität wurde ihm der Paß eingezogen, wurde er verhört, mit Berufsverbot belegt. Viele wurden verhaftet und gefoltert. Eine Anzahl von Oppositionellen, die aus Europa in den Iran des Schahs zurückkehrten, wurden ermordet — erschossen oder zu Tode gefoltert.

Heute, nach dem Sturz des Schahs, setzt Bonn faktisch die Zusammenarbeit mit den ehemaligen SAVAK-Agenten fort. Statt die faschistischen Verbrecher unverzüglich in den Iran abzuschicken, decken und schützen die Bonner Behörden sie nach Kräften. Gegen die fortschrittlichen Perser in der Bundesrepublik dagegen, die einst von SAVAK und Verfassungsschutz gemeinsam verfolgt wurden, haben verantwortliche Politiker und Massenmedien eine üble Hetzkampagne begonnen.

Die Bonner Regierung hat Westdeutschland seit langem in einen Tummelplatz für ausländische Geheimdienste und faschistische Verbrecherbanden verwandelt. Vom südkoreanischen Geheimdienst bis hin zu den Grauen Wölfen erfreuen sich diese Verbrecherorganisationen der direkten und indirekten westdeutschen Hilfe. So wie mit dem SAVAK hat der Verfassungsschutz übrigens auch mit dem Geheimdienst der gestürzten faschistischen Junta in Griechenland zusammengearbeitet. Als der westdeutsche Schriftsteller Günter Wallraff 1974 in Griechenland inhaftiert und gefoltert wurde, zeigte ihm einer der Folterer die Visitenkarte eines Beamten vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden mit der Bemerkung: „Das ist ein guter Freund von mir.“

Zoll öffnet Briefe

Neben den Geheimdiensten kontrolliert auch der westdeutsche Zoll Briefe aus dem Ausland. Die Briefe werden unter anderem dann geöffnet, wenn sie nach Ansicht der Zollbeamten „verfassungsfeindliches Propagandamaterial“ enthalten. Nach Angaben aus dem Bundesinnenministerium ist dieses Vorgehen „gesetzlich abgesichert“.

Hungerstreik afghanischer Studenten

Korrespondenz aus Bonn

Am Montag, den 9. Juli, traten in Bonn dreizehn Studenten der GUAFS (Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland) in den unbefristeten Hungerstreik. Sie wollten den Hungerstreik so lange durchhalten, bis ihren 25 Landsleuten, deren Pässe in der afghanischen Botschaft einbehalten wurden, diese wieder zurückgegeben werden.

Die dreizehn Studenten leben seit Tagen nur von etwas gesüßtem Tee und Wasser. Trotzdem ist bei ihnen die Stimmung sehr kämpferisch und alles andere als resignierend.

Der Hungerstreik ist der Höhepunkt einer Aktionswoche der GUAFS in mehreren deutschen Universitätsstädten. Mit zahlreichen Veranstaltungen haben sie auf die Situation in Afghanistan aufmerksam gemacht. Die Massenmedien hierzu berichten kaum etwas über das brutale Vorgehen des Taraki-Regimes in Afghanistan, über die grausame Verfolgung der Freiheitskämpfer, über die Massenmorde an der Bevölkerung, über die Bombardierung ganzer Dörfer und Städte. Während hierzu die südasiatischen Flüchtlinge zum Vorwand einer maßlosen antikommunistischen Hetzkampagne genommen werden, verlieren die Massenmedien kein Wort über die afghanischen Flüchtlinge in den westpakistanischen Lagern.

Die GUAFS ist eine Organisation afghanischer Studenten, die gegen das von den Kreml-Herren an die Macht ge-

putschte Regime in Afghanistan kämpft, so gut sie dies von hier aus kann. Im Mai zum Beispiel besetzten afghanische Studenten die afghanische Botschaft, um die Öffentlichkeit auf die Lage in Afghanistan aufmerksam zu machen.

Die Situation der antiimperialistischen Studenten hier in Westdeutschland ist jedoch denkbar schwierig. Einmal ist es ihnen als Ausländern praktisch nicht gestattet, sich politisch zu betätigen; sie müssen ständig befürchten, auch von der westdeutschen Bourgeoisie verfolgt und ausgeliefert zu werden. Zum andern sucht die Botschaft des afghanischen Regimes in Bonn Druck auf sie auszuüben. So weigerte sie sich, einer Anzahl von Afghanen die Pässe zu verlängern bzw. behielt die Pässe gleich ein. Damit will sie die Betroffenen zwingen, nach Afghanistan zurückzukehren. Dort würden sie unweigerlich unter den mittlerweile 60.000 politischen Gefangenen verschwinden.

Mit ihrem Hungerstreik suchen die afghanischen Studenten ihre Forderungen nach Druck zu verleihen. Sie fordern unter anderem:

- Schluß mit dem Völkermord in Afghanistan!
- Russen raus aus Afghanistan!
- Schluß mit der Bedrohung und Schikanierung der oppositionellen Afghanen durch die afghanische Botschaft!
- Erteilung der Aufenthaltserlaubnis seitens der Bundesrepublik für die Afghanen, deren Pässe eingezogen wurden!



Demonstration der Lehrer am 4. Juli in Bremen

Lehrerwarnstreik trotz Einschüchterungsversuchen

Volkskorrespondenz aus Bremen

Trotz massiver Einschüchterungsversuche — der Bildungs-senator Thape hatte allen Lehrern, die den Unterricht nieder-

zung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Unterstützt wurden sie von rund 500 Schülern.

rungen Nachdruck zu verleihen.

Die Demonstration war im Juni von der Landesvertreterversammlung der GEW beschlossen worden. Allerdings unter der Voraussetzung, daß im Verlauf einer Unterschriftensammlung für den Warnstreik mindestens 1000 Unterschriften im Dienst befindlicher Lehrer zustande kämen. Viele Kollegen waren skeptisch, hatte doch auch der reaktionäre Landesvorsitzende der GEW, Hans Stelljes, als erster seinen Namen für Streikmaßnahmen hergegeben.

Der Landesvorstand beschloß schließlich mit sieben zu sechs Stimmen den Warnstreik. Dabei kam es hinter den Kulissen zu großen Querelen unter den Vorstandsmitgliedern. Einige hohe GEW-Funktionäre waren plötzlich wieder umgefallen, drohten mit Rücktritt und meinten, Beamte dürften nicht streiken.

Die Kollegen dagegen ließen sich nicht abschrecken. Sie verließen am 4. Juli nach der vierten Unterrichtsstunde ihre Schulen und zogen gemeinsam mit Transparenten durch die Stadt bis zum Sammelort am

Bildungssenator Thape schreibt...

„Sehr geehrter...
1) Nach meinen Feststellungen sind Sie entgegen Ihren Verpflichtungen aus § 72 Abs. 1 BremBeamtG am 4. Juli für die Dauer von ... Ihrer wöchentlichen Pflichtstunden ohne Genehmigung Ihres Dienstvorgesetzten dem Dienst ferngeblieben. Sie sind in dieser Zeit einem Aufruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Durchführung einer Demonstration gefolgt und haben durch Teilnahme an dieser Veranstaltung versäumt, pflichtgemäß den Ihnen stundenplanmäßig obliegenden Unterricht zu erteilen. (...) Ich kann daher aus Ihrem Verhalten (...) nur schließen, daß Sie sich bewußt über Ihre Dienstleistungspflicht hinweggesetzt haben und damit schuldhaft dem Dienst ohne Genehmigung ferngeblieben sind. Die gesetzliche Folge aus einem solchen Verhalten ist zunächst der Verlust der Dienstbezüge für die Dauer des Fernbleibens, den ich hiermit feststelle. (...) 2) Gemäß § 72 Abs. 2 BremBeamtG wird durch die Feststellung des Verlustes der Dienstbezüge eine disziplinarische Verfolgung nicht ausgeschlossen. (...) Bei Würdigung aller Umstände spreche ich Ihnen wegen des von Ihnen gezeigten Verhaltens meine Mißbilligung aus. (...) Für die Zukunft fordere ich Sie auf, die sich aus Ihrem Beamtenverhältnis ergebenden Pflichten in jeder Beziehung zu beachten. Eine Durchschrift dieses Schreibens wird zu Ihrer Personalakte genommen; eine weitere Durchschrift geht dem Personalrat — Schulen — zu...
Hochachtungsvoll“

legen würden, mit disziplinarischen Maßnahmen gedroht — demonstrierten am 4. Juli in Bremen rund 1.500 Lehrer und Lehrerinnen während der fünften und sechsten Unterrichtsstunde für Arbeitszeitverkür-

Die Demonstration war ein bedeutendes Ereignis für die gesamte Lehrerschaft in Westdeutschland. Zum erstenmal seit 1949 (soweit mir bekannt) haben Beamte ihre Arbeit niedergelegt, um ihren Forde-

Kommentar unseres Bremer Volkskorrespondenten

Arbeitszeitverkürzung allein genügt nicht!

Die Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung stößt bei vielen Werktätigen zunächst auf Unverständnis. „Wieso Arbeitszeitverkürzung?“, heißt es oft. „Die Lehrer haben doch schon wirklich genug Freizeit...“

Die Vorbehalte in der Öffentlichkeit werden durch die vom GEW-Bundesvorstand bis hin zu den Landesvorständen falsch und einseitig ausgerichtete Kampagne noch verstärkt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für Lehrer als ausschließliche Hauptforderung aufzustellen, ist falsch, weil sie in dieser Form eine Vertretung der Standesinteressen der Lehrer und nicht der Interessen der werktätigen Bevölkerung bedeutet. Die Forderung in dieser Form ist auch deswegen schlecht, weil sie die Spaltung der Lehrerschaft hinsichtlich ihrer Bezahlung und ihrer wöchentlichen Arbeitszeit zementiert.

Die Bremer Schulsituation mag dies verdeutlichen: Grund-, Haupt- und Realschullehrer, die vor dem 1. August 1978 in den Schuldienst übernommen worden sind, unterrichten 27 Wochenstunden

und werden nach der Gehaltsstufe A 12 bzw. A 12a bezahlt. Alle Lehrer, die nach dem 1. August eingestellt worden sind und die die Stufenlehre ausbilden gemacht haben, gehen 25 Stunden und werden nach A 13 bezahlt. Die Gymnasiallehrer herkömmlicher Ausbildung haben 23 Stunden und erhalten A 13 plus Zulage. Weiter gibt es noch eine große Anzahl Kollegen mit BAT (Bundesangestellten-Tarif)-Verträgen und unterschiedlicher Stundenzahl. Der einzelne Lehrer wird allein durch die Arbeitszeitverkürzung nicht wesentlich entlastet. Was den Lehrer hauptsächlich belastet, das sind die Arbeitsbedingungen an der Schule:

- Der Unterricht vor vollen Klassen bringt zunehmende Schwierigkeiten. Da die Verrohung und Verwahrlosung der Jugendlichen — vor allem auch an den Hauptschulen — zunimmt, fühlen sich viele Lehrer dieser Situation nicht mehr gewachsen.
- Das Bildungsniveau sinkt ständig. Die Lehrer sehen mit Sorge, daß viele Schüler von ihnen nicht mehr richtig ausgebildet werden können. Der Prozentsatz an Realschülern,

die den Abschluß schaffen, steigt zwar; es steigt aber auch der Prozentsatz an Schülern, die nicht oder nur unvollständig rechnen, schreiben und lesen können.

- Die Lehrer werden zunehmend mit sozialen Problemen konfrontiert, die sie nicht in den Griff kriegen. So kommt es immer häufiger vor, daß 14 bis 16jährige Mädchen auf den Strich gehen; daß Kinder die Schule schwänzen, weil sie keinen Sinn mehr darin sehen; daß sich Schwierigkeiten im Elternhaus (Alkoholismus, Trennung der Eltern) auf die Schule auswirken; daß Kinder vor der Schulzeit oder nachmittags arbeiten, um sich ein paar Mark zu verdienen.

- Die Lehrer unterrichten ausländische Kinder, deren Sprache sie nicht sprechen und deren Kultur sie nicht kennen.

- Die Schulreform hat den Kollegen eine Menge zusätzlicher Arbeit aufgebürdet: zum Beispiel neue Lehrpläne ohne Zeit zum Einarbeiten; mehr Korrekturen; eine Unzahl von neuen Verwaltungsvorschriften und Dienstsanweisungen; mehr Konferenzen und Beratungsgespräche; das Pendeln

Hauptbahnhof. Anschließend folgte ein großer Zug durch die Bremer Innenstadt.

Auf der Kundgebung selbst wurden zahlreiche Grußtelegramme von GEW-Landesverbänden verlesen, die den Warnstreik begrüßten und den Kollegen in ihrem Kampf Mut zusprachen. Ein Vertreter der IGM-Vertrauensleutekörperleitung der Klöckner-Hütte verlas eine Grußbotschaft, die mit viel Beifall aufgenommen wurde. (Siehe unten).

Inzwischen hat der Bildungssenator Thape gegen rund 350 Kollegen und Kolleginnen, die durch Schulleiter wegen des Unterrichtsausfalls namentlich erfaßt und von ihnen an die Behörde weitergeleitet worden waren, disziplinarische Maßnahmen eingeleitet. In den letzten Tagen vor den Ferien erhielten diese Kollegen einen vierseitigen Schriftsatz, in dem der Senator Gehaltskürzungen für ausgefallene Unterrichtsstunden und Einträge in die Personalakte androht. (Siehe Kasten).

Doch die Kollegen lassen sich nicht einschüchtern. Alle werden schriftlich Beschwerde gegen die angekündigte „Mißbilligung“ einlegen. Die GEW hat allen Kollegen Rechtsschutz zugesagt.

Gruß der IGM-Vertrauensleute der Klöckner-Hütte

Während in der Industrie und im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit mit den Gewerkschaften die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden erreicht werden konnte, ist die Pflichtstundenzahl der Lehrer nur um eine Stunde gesenkt worden, während die Zahl der arbeitslosen Lehrer steigt. Wir wissen, daß die Arbeit der Lehrer nicht auf die Unterrichtsstunden beschränkt ist, und sie mit ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit von 45 Stunden einen berechtigten Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung haben. Wir wünschen für unsere Kinder, daß Lehrer Zeit haben, Unterrichtsinhalte ständig zu aktualisieren, um sie interessant zu machen, Erziehungsprobleme zu durchdenken und mit uns über unsere Kinder zu sprechen. Abgespannte und ständig gereizte Lehrer können unseren Kindern die Schule nur vergraulen! Deshalb unterstützen wir die Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung.

zwischen mehreren Schulen.

Das sind die eigentlichen Probleme, die die Lehrer drücken, die sie körperlich und nervlich aufreißt.

Die nurgewerkschaftliche Forderung der GEW-Führung nach lediglich ein bis zwei Stunden weniger geht daher am Kern der Sache vorbei und bringt nichts Wesentliches zur Verbesserung der Lage von Schülern und Lehrern. Der Kampf muß breiter und umfassender geführt werden. Die Schüler, um deren Lage es in erster Linie geht, und die Eltern müssen in diese Kampffront mit einbezogen werden, ansonsten isolieren sich die Lehrer von den Werktätigen. Der Kampf inner- und außerhalb der Gewerkschaft muß deshalb hauptsächlich geführt werden für die

- Senkung der Klassenfrequenzen
 - Einstellung aller ausgebildeten Lehrer
- Diesen Forderungen muß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nachgeordnet sein. Es gilt, die gegenwärtige Kampfbereitschaft der Lehrer auszunutzen, um die Forderungen durchzusetzen.



Die Bewohner eines kleinen Dorfes in der afghanischen Ostprovinz Paktia suchen Schutz vor den explodierenden Bomben der Armeeflugzeuge. Überall, wo die Regierungstruppen Aufständische vermuten, greifen sie die Dörfer aus der Luft an ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML. ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren.
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“. ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhofstraße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußfähigem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“. Die neue Folge unserer Serie handelt von einer Idee der Abschlußklassen einer Schule in Tirana.



Reisereportage
SVR ALBANIEN



Der Verfasser der Albanienreportage (links) mit albanischen Arbeitern

150 Jungen und Mädchen werden in diesem Jahr an der Partizani-Schule in Tirana ihren Abschluß machen. Eigentlich eine ganz normale Sache. Die Schüler der Abschlußklassen sind jedoch der Meinung, daß dies nicht ein Jahr wie jedes andere ist. Man schreibt nämlich den 35. Jahrestag der Befreiung des Landes, und überall in den Städten und Dörfern Albaniens werden Initiativen und Aktivitäten vorbereitet, um dieses historische Datum zu würdigen.

Auch an der Partizani-Schule hat man sich Gedanken in dieser Hinsicht gemacht und ist auf etwas im Grunde ganz Naheliegender gekommen. Da ist der Name, den die Schule trägt, ein großer und verpflichtender Name. Denn die Generation der Partisanen ist es ja gewesen, die durch ihren opferreichen Kampf jene große Wende in der albanischen Geschichte vor 35 Jahren herbeigeführt hat. Ein guter Grund also, diesem Kampf Respekt zu erweisen und aus ihm die Lehren für die Gegenwart zu ziehen. So ist in den Abschlußklassen die Initiative „Von den Partisanen lernen“ entstanden.

Ich habe von dieser Aktion gehört — in Tirana sprechen sich solche Neuigkeiten sehr schnell herum — und ich gehe in die Partizani-Schule, um Näheres darüber zu erfahren. Auf dem Schulhof empfangen mich Renata und Edlira, zwei Schülerinnen der 12. Klasse, sowie der Direktor und der Parteisekretär; letzterer, wie viele Lehrer der Partizani-Schule, ein ehemaliger Arbeiter. Er hat in Abendkursen sein Studium gemacht und unterrichtet jetzt Geographie.

„In unserem Stadtteil“, sagt der Direktor, „haben ungefähr 150 Partisanen gelebt. Manche von ihnen sind im Kampf gegen die Faschisten gefallen, manche sind in den Jahren nach der Befreiung gestorben. Es gibt aber natürlich auch Veteranen, die heute noch leben. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, Leben und Kampf dieser Vorkämpfer für ein neues Albanien besser kennenzulernen.“

Die Schüler sind in die Häuser des Stadtteils gegangen, sie haben die Veteranen

Eine Initiative der Partizani-Schule

trotzdem versucht, noch etwas Neues herauszufinden. Meine Mutter arbeitet in dem Holzkombinat, das seinen Namen trägt. Ich bin oft dort im Betrieb gewesen, wenn Veteranen gekommen sind, um mit den Arbeitern über den Befreiungskampf zu sprechen.

Dort habe ich auch gehört, daß Misto Mame einen engen Kampfgesährten, den Schriftsteller Aleks Caçi, hatte. Ihn habe ich aufgesucht und lange mit ihm gesprochen. Der Genosse Aleks hat mir gesagt, daß er mit großer Freude all seine Erinnerungen an die neue Generation weitergibt.

Und, wie Renata berichtet, hat sie wirklich einige neue Einzelheiten aus dem Leben Misto Mames herausgefunden; zum Beispiel darüber, wie er mit anderen Genossen die illegale Zeitung „Freiheitsruf“ herausgegeben hat.

Die Schüler der Partizani-Schule haben während der Untersuchungsarbeit ihre Erfahrungen diskutiert und dar-

punkt, obwohl viel wertvolles Material zusammengetragen wurde und die Schüler auch besser lernten, eine selbständige Arbeit zu machen. Entscheidend war die erzieherische Seite, die Übertragung der Erfahrungen einer Generation auf die nachfolgende.

So hat sich die Initiative auch nicht auf die Abschlußklassen der Partizani-Schule beschränkt. Andere Klassen sind einbezogen worden und schließlich auch der ganze Stadtteil. Die Forschungsarbeit der jungen Genossen hat die Veteranen mobilisiert. Überall im Wohnviertel wurde über die Initiative gesprochen. Natürlich war auch ein Interesse an den Ergebnissen dieser Arbeit da. So haben die Schüler Veranstaltungen organisiert und für den 5. Mai, der im ganzen Land als Tag der Partisanen begangen wird, eine große Veranstaltung in der Schule vorbereitet. „Der Andrang war aber so groß“, berichten die Genossinnen stolz, „daß wir zu

guter Letzt in den Kulturpalast umziehen mußten.“

Edlira erzählt mir, daß die Initiative auch das Leben im Jugendverband weiter aktiviert hat. „Durch die persönlichen Kontakte mit den Veteranen oder den Angehörigen der Partisanen, durch die intensive Beschäftigung mit den verschiedenen Dokumenten aus dem Befreiungskampf ist uns diese Zeit sehr viel näher gekommen. Wir verstehen jetzt besser die hohen moralischen Eigenschaften der Partisanen, ihren Mut und ihre Entschlossenheit, ihre Bereitschaft, sich bis zum Letzten für die Sache des Volkes einzusetzen. Und das hat schon Auswirkungen auf unsere Arbeit gehabt. Man kann sagen, daß unsere Versammlungen wirklich lebendiger geworden sind. Noch ernsthafter und unbefangener als früher werden Kritik und Selbstkritik geübt. Und auch die Bereitschaft, sich um die Probleme der anderen zu kümmern, sich gegenseitig zu helfen, ist größer geworden.“

Die jungen Genossen von der Partizani-Schule sind jedoch dabei nicht stehengeblieben. Ging es doch bei ihrer Initiative nicht zuletzt darum, die Eigenschaften der Partisanen für die heutigen Kämpfe zu mobilisieren. Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß bald im Rahmen der Initiative ausführlich über das Erdbeben im Norden diskutiert wurde, genauer gesagt darüber, wie man zur Beseitigung der Schäden beitragen könnte. Es stand dabei außer Frage, daß die Jungen und Mädchen in den Ferien nach Lezha und Shkodra fahren würden, um beim Neuaufbau zu helfen. Aber die Ferienzeit war noch fern, und so lange wollte man nicht warten. So wurde denn beschlossen, daß in der Schule die Einrichtungen für fünf Häuser hergestellt werden sollten.

Die Möglichkeiten dafür sind gegeben, denn die Partizani-Schule ist nebenbei noch ein kleiner Baubetrieb und eine Tischlerei. Mir waren schon bei meiner Ankunft die vielen

Betonblöcke aufgefallen, die in einem Nebenteil des Schulhofs lagerten. Jetzt erfahre ich, daß es sich dabei um Bauelemente für das Erdbebengebiet handelt. Hinter dem Schulgebäude liegen eine Reihe von Werkstätten. In der einen sind die Schüler — in diesem Fall hauptsächlich Mädchen — dabei, Holzplatten zu bearbeiten. Wir mir eine Genossin erklärt, werden hier Schränke produziert, mit denen die Partizani-Schule andere Lehranstalten versorgt. In einer anderen Werkstatt pressen die Jugendlichen Fliesen, in einer dritten ist gerade ein Labor für die Untersuchung von Baustoffen im Aufbau.

Auf dem Hof spreche ich mit vier Mädchen, die dort mit Stahlmatten beschäftigt sind. Man sieht, daß ihnen diese Arbeit Freude macht. Und als ich sie auf ihre Berufspläne anspreche, sagen auch alle vier, daß sie Bauarbeiterinnen werden wollen. Ihre Schule ist jedoch keine Fachschule, sondern eine höhere Schule vom allgemeinen Typ. Das „revolutionäre Dreieck“ gibt es jedoch auch hier. Einen Monat im Jahr arbeitet jede Klasse in der Produktion. Die Jüngeren in den Werkstätten, wo sie grundlegende Kenntnisse erwerben, und die Älteren gehen dann in die Betriebe von Tirana, in Tischlereien oder auf Baustellen, wo sie dann zum Beispiel das Mauern lernen können.

Im Augenblick ist das Hauptaugenmerk dieser Mädchen darauf gerichtet, die Ausrüstungen für das Erdbebengebiet herzustellen. Und sie freuen sich schon auf die Ferien, wo sie als revolutionäres Kollektiv in den Norden gehen und dort beim Wiederaufbau der zerstörten Orte mithelfen können.

In der nächsten Ausgabe lesen Sie eine Reportage über einen wichtigen Feiertag in Albanien, den „Tag der Partisanen“.



Das große Bild zeigt den Kampf um die Befreiung Tiranas; links oben: eine sehr bekannte Persönlichkeit des Befreiungskampfes, der Partisan Misto Mame (1921-1942); mit seinem Leben beschäftigt sich die Schülerin Renata im Rahmen der Initiative der Partizani-Schule.

aufgesucht und mit Freunden und Verwandten der Gefallenen gesprochen. Auch in den verschiedenen Archiven der Hauptstadt konnten sie Materialien sammeln. So haben sie aus einer Unmenge von Augenzeugenberichten, Erinnerungen und Dokumenten mosaikartig Bilder der Partisanen und ihrer Zeit zusammengesetzt. Ich sehe mir einige der Berichte, die von den Schülern geschrieben wurden, an. Da ist zum Beispiel ein Porträt des Partisanen Skender Kosturi. Zwei Monate lang hat die Schülerin Drita daran gearbeitet. Sie ist bei ihren Untersuchungen auch auf ein verschollenes Dokument gestoßen, ein Flugblatt, das die kommunistische Partei zum Tode von Skender verbreitet hatte.

Renata hat über den Partisanen Misto Mame geschrieben. Das ist eine sehr bekannte Persönlichkeit des Befreiungskampfes. Nach der Errichtung der Volksmacht wurde ihm posthum der Titel „Held des Volkes“ verliehen, der höchste Titel, den das neue Albanien zu vergeben hat. Renata sagt: „Über Misto Mame ist natürlich schon sehr viel geschrieben worden. Ich habe

über gesprochen, wie ihre Arbeit weiter verbessert werden kann. Eine junge Genossin hatte zum Beispiel über einen Partisanen geschrieben, aber nicht erwähnt, daß er ein guter Sportler war. Diese Eigenschaft, so meinten die anderen, mußte unbedingt hervorgehoben werden. Denn sie wäre dazu angetan, auch bei der heutigen Jugend die Liebe zum Sport zu stärken.“

Nicht alle Schüler der Partizani-Schule haben jedoch solche Porträts einzelner Partisanen geschrieben. Edlira zum Beispiel hat sich als Thema „Die Eigenschaften unserer Partisanen in dem Drama ‚Die Familie des Fischers‘“ ausgesucht. Andere haben über die Rolle der Frau im Befreiungskampf, über den Humor der Partisanen geschrieben oder ihre Eindrücke und Meinungen in Form von Erzählungen und literarischen Skizzen niedergelegt.

Allen gemeinsam jedoch war das Bemühen, die Helden des Befreiungskampfes, ihre Beweggründe und moralischen Qualitäten besser verstehen zu lernen. An erster Stelle bei dieser Initiative stand nicht der wissenschaftliche Gesichts-



An den albanischen Schulen steht im Gegensatz zur Unterrichtspraxis in Westdeutschland der antifaschistische Befreiungskampf im Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts. Die wichtigsten „Lehrer“ dabei sind die alten Partisanen, deren Erzählungen den Schülern auf lebendige Weise die Kampftradition des albanischen Volkes vermitteln.

Gemeinsame Erklärung zum Stalin-Jahr

In diesem Jahr jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung. Sein Name ist mit der Oktoberrevolution, mit dem Aufbau des Sozialismus im ersten sozialistischen Land der Welt, mit der Niederlage des Nazi-Faschismus verbunden. Sein Werk ist mit dem revolutionären Kampf auf den fünf Erdteilen während einer langen Periode verbunden, denn viele Jahre lang war Stalin Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt.

Stalin ist ein Klassiker der marxistisch-leninistischen Theorie, die er in vielen Aspekten auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin, seinem Lehrer und Kampfgefährten, weiterentwickelt und ergänzt hat.

Der Name Stalins, der von den Proletariern und wirklichen Kommunisten so sehr geliebt wird, wird heute von der reaktionären Bourgeoisie und den Revisionisten aller Schattierungen mit Füßen getreten, beschimpft und diffamiert. Alle Revisionisten sind sich mit ihrem Angriff auf Stalin einig, schließen sich bei diesem Angriff mit der Bourgeoisie zusammen und posaunen in einem schrillen Chor Verleumdungen und Lügen aus. Dieser gemeinsame Angriff auf den Namen Stalins, bei dem die Imperialisten und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung zusammenwirken, ist nicht nur ein Angriff auf eine Person oder eine Persönlichkeit der Vergangenheit: Es ist ein Angriff auf die Prinzipien, die Ideale, den Geist, die Stalin beseelten und die heute im Kampf von Millionen Männern und Frauen weiterleben. Es ist ein Angriff auf den Leninismus, auf die revolutionäre Theorie des Proletariats.

Stalin war während seines ganzen Lebens ein Verteidiger des proletarischen Internationalismus, der Einheit des Kampfes der Proletarier der ganzen Welt, der stählernen Einheit zwischen den Kommunisten aller Länder, der Weltrevolution, ein großer Führer der Kommunistischen Internationale. Deshalb greifen alle Revisionisten, die Prediger der „nationalen Wege zum Sozialismus“, des chauvinistischen Sozialimperialismus, die Verleumder des Werkes der Kommunistischen Internationale, die Theoretiker der „begrenzten Souveränität“ sein Werk an und verleumden es. Stalin war in Theorie und Praxis ein entschiedener Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationalitäten und der Unabhängigkeit der durch den Imperialismus unterjochten Völker. Deshalb war und ist er Zielscheibe der Angriffe aller Chauvinisten und Imperialisten.

Stalin war ein unachgiebiger Verteidiger der leninistischen Auffassung von der Partei, ihrer Einheit des Willens und Handelns, ihrer geschichtlichen Notwendigkeit zur Durchführung der proletarischen Revolution, ihrer Vorhutrolle. Deshalb greifen ihn alle Revisionisten zügellos an, die Verteidiger „verschiedener Linien in der Partei“, der „Partei des ganzen Volkes“, der „Revolution ohne Partei“, diejenigen, die den proletarischen Klassencharakter leugnen, den Liberalismus innerhalb der Partei zur Theorie erheben oder den revolutionären Charakter der Partei durch den Bürokratismus zerstören wollen.

Stalin war ein Verteidiger der marxistisch-leninistischen Auffassung über den Klassenkampf in allen seinen Formen, des revolutionären Kampfes. Deshalb greifen alle Versöhner, Pazifisten, Anhänger der faulen Kompromisse ihn an.

Stalin war ein Verteidiger der Prinzipien der Diktatur des Proletariats und wandte diese Prinzipien in der Sowjetunion konsequent an. Er

war ein Verteidiger der bewaffneten Revolution unter Führung des Proletariats, und an der Spitze der KPdSU verwirklichte er in der SU die Liquidierung der Ausbeuterklassen und den Aufbau des Sozialismus. Deshalb greifen alle Revisionisten Stalin an, insbesondere die Chruschtschow-Revisionisten, die ausgehend vom 20. Parteitag der KPdSU, das Werk Stalins in der SU zerstörten, den Kapitalismus in der SU wiederherstellten und sie in ein imperialistisches Land verwandelten, und die chinesischen, jugoslawischen und anderen verräterischen Revisionisten, die alle ihre Anstrengungen darauf gerichtet haben, den Aufbau des Sozialismus in ihren jeweiligen Ländern zu verhindern oder den Kapitalismus wiederherzustellen. Diesem Angriff schließen sich diejenigen an, die die Existenz des Sozialismus in der heutigen Welt leugnen, die die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus abstreiten, die das „Hineinwachsen“ der reaktionären Klassen in den Sozialismus oder die „Umwandlung“ des Kapitalismus in den Sozialismus predigen.

Stalin verteidigte in seinem ganzen Leben die marxistisch-leninistischen Prinzipien, die theoretische und ideologische Strenge und Klarheit



gegen Oberflächlichkeit und Eklektizismus, die ideologische Standhaftigkeit gegen die Wankelmütigkeit, die proletarische Politik gegen die bürgerliche Politik, die revolutionäre Praxis gegen den Opportunismus.

Deshalb bedeutet die Verteidigung des Namens Stalins, heute wie vor 30 Jahren, als Genosse Stalin noch lebte, den Marxismus-Leninismus, die proletarische Revolution, den Sozialismus, das Weltproletariat verteidigen.

Deswegen erklären die Parteien, die das vorliegende Dokument aus Anlaß des bedeutsamen Tages der Feier des 100. Geburtstages Josef Stalins, des großen kommunistischen Führers, aufrechten Revolutionärs und hervorragenden Marxisten-Leninisten, unterzeichnen:

Die Verteidigung des Namens und des Werkes Josef Stalins ist eine Pflicht für alle wirklichen Kommunisten, denn sie stellt einen Trennungsschritt zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen dem Imperialismus und den Völkern, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen der Revolution und der Reaktion dar.

Der Name Josef Stalins wird niemals sterben, solange es den Kampf gibt gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, solange es den Kampf gibt für die kommunistische Zukunft der Menschheit, solange in der Menschheit die Erinnerung weiterlebt an diejenigen, die den Weg ihrer Befreiung gebahnt haben.

Ein neuer Schritt bei der Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien

Die „Gemeinsame Erklärung zum Stalin-Jahr“, die von einer Vielzahl marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen aus Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika unterzeichnet wurde, ist Ausdruck der wachsenden Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien, die auf den Lehren des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruht, und ein neuer bedeutender Schritt in dieser Richtung.

Diese gemeinsame Erklärung erhält besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß es die erste internationale Erklärung von Bruderparteien zur prinzipienfesten Verteidigung

schauen die marxistisch-leninistischen Parteien die Manöver der Sowjetrevisionisten, die heute manchmal mit dem Namen Stalins spekulieren. Die „Berufung“ dieser Herren auf den Namen Stalins ändert nicht das geringste am konterrevolutionären Wesen dieser üblen Verräter und soll nur dazu dienen, ihre zerrissene Maske notdürftig zu flicken und ihre bürgerliche Diktatur als „Sozialismus“ zu tarnen.

„Die Verteidigung des Namens und des Werkes Josef Stalins“, heißt es daher in der Erklärung, „ist eine Pflicht für alle wirklichen Kommunisten, denn sie stellt einen Trennungsschritt zwischen dem Marx-

Stalins ist, seit die modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze das Banner des Marxismus-Leninismus fallengelassen und den Kampf des Proletariats, die proletarische Revolution und den Sozialismus sowie die nationalen Befreiungskämpfe der Völker schmählich verraten haben.

Die marxistisch-leninistischen Parteien, allen voran die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, betrachteten und betrachten die Verteidigung des Namens und Werkes des Genossen Stalin stets als eine grundlegende Frage ihres Kampfes. Und zwar vor allem aus deswegen, weil die modernen Revisionisten ihren Angriff auf den Marxismus-Leninismus in die Diktatur des Proletariats in dem Angriff auf Stalin konkretisierten. Das war bei dem Erregenen Tito schon der Fall und war bei Chruschtschow nicht anders. Heute in der dritten großen Schlacht, die die Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus in seiner chinesischen Ausprägung schlagen, kommt dieser Frage ebenfalls große Bedeutung zu. Während die KP Chinas in ihrer „Polemik“ die Frage Stalins im Gegensatz zu den Marxisten-Leninisten zu einer völlig nebensächlichen Frage herabgewürdigt hatte, und sich bei Maoismus die antimarxistischen Auffassungen oft mit einer Kritik an Stalin verbanden oder seinen Lehren widersprachen, treten die chinesischen Revisionisten und ihre Anhänger heute gänzlich unverhüllt gegen Stalin auf. So trägt heute die Verteidigung der Lehren Stalins durch die marxistisch-leninistischen Parteien zugleich dazu bei, den chinesischen Revisionismus bis in seine Wurzeln bloßzulegen. Zugleich durch-

mus-Leninismus und dem Revisionismus, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen dem Imperialismus und den Völkern, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen der Revolution und der Reaktion dar.“

In diesem Jahr, da sich der Geburtstag Josef Stalins zum 100. Mal jährt, haben sich alle wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien zu besonderen Aktivitäten verpflichtet, um das Werk dieses großen kommunistischen Führers, aufrechten Revolutionärs und hervorragenden Marxisten-Leninisten zu ehren. Dies und die Tatsache, daß es gelungen ist, eine Vielzahl von marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zu dieser „Gemeinsamen Erklärung zum Stalin-Jahr“ zu vereinen, betrachtet unsere Partei als einen Sieg des Marxismus-Leninismus über den revisionistischen Verrat.

Unsere Partei hat auf ihrem IV. Parteitag festgestellt: „Die Stärkung der Einheit und Zusammenarbeit der wahren marxistisch-leninistischen Parteien — auch in geeigneten organisatorischen Formen — ist gerade heute eine gebieterische Notwendigkeit, da sie von den chinesischen Führern jahrelang gehemmt und gespalten wurde. Der international zusammenarbeitenden Bourgeoisie muß die Einheit des Weltproletariats entgegengesetzt werden.“ Dementsprechend tritt unsere Partei nach wie vor dafür ein, die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, Revisionismus und Reaktion, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus immer weiter voranzutreiben.

Was ist los in Nicaragua? Marxisten-führen

Der Diktator Somoza ist verjagt. Die breiten Volksmassen haben die Diktatur in einem machtvollen bewaffneten Kampf hinweggefegt. Doch wie geht es weiter? Warum haben die USA-Imperialisten, die Hintermänner Somozas, die Sandinistas so schnell anerkannt? Um was für eine politische Kraft handelt es sich eigentlich bei der Sandinistischen Front? Diese und ähnliche Fragen bewegen die fortschrittliche Öffentlichkeit. Mit dem Abdruck eines Interviews der Zeitung „Vanguardia Obrera“, den wir in der letzten Nummer begonnen haben, wollen wir einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen leisten. (Das Interview ist von der Redaktion des „Roten Morgen“ gekürzt und überarbeitet.) Nachdem die Genossen der „Bewegung der Volksaktion von Nicaragua“ (MAP) im ersten Teil ihre eigene Politik und die der Sandinisten erklärt haben, behandelt der zweite Teil, den wir heute veröffentlichen, die Perspektive nach dem Sturz Somozas.

„Im Kampf gegen die Diktatur sind verschiedene Vorstellungen über den bewaffneten Kampf aufgetreten. Die Taktik der Terceristas war die der spontanen Aufstände, ohne Vorbereitung, ohne klares militärisches Ziel, ohne die Massen vorher zu organisieren. Daß sie ihren Kampf so lange führen konnten, erklärt sich zum einen aus dem tiefen Haß des Volkes gegen Somoza, zum anderen vor allem durch die technische und wirtschaftliche Hilfe, die sie von Venezuela, Panama, Mexico und Cuba und der internationalen Sozialdemokratie erhalten. Diese internationale Unterstützung, die sie sich durch den Verzicht auf Prinzipien erkaufte, ist der wahre Grund dafür, daß sie eine gewisse Führungsrolle im militärischen Kampf gegen die Diktatur einnehmen.“

Die MAP schachtet nicht mit Prinzipien und entwickelt ihren bewaffneten Kampf gestützt auf die eigenen Jagdwaffen, Beutewaffen vom Gegner usw. aus.

Aus all dem Gesagten folgt, und das hat die MAP während des Kampfes nie vergessen, daß nach dem Sturz der Diktatur eine Zeit harter Klassenkämpfe um die Machtergreifung folgen wird. Entweder die Massen, geführt von der Arbeiterklasse, erringen die Macht, oder sie bleibt im Besitz der proimperialistischen Bourgeoisie. Dabei darf der mögliche Aufstieg der kleinbürgerlichen, mit dem Sozialimperialismus verbundenen Kräfte nicht übersehen werden.

Nur die MAP hat die Fahne des internationalen Proletariats hochgehalten und dadurch auch die des revolutionären Sandinismus.

Denn in Wirklichkeit sind alle ehrlichen Revolutionäre Nicaraguas Sandinisten, haben sie doch dieselben antiimperialistischen und antioligarchischen Ziele, für die General Sandino kämpfte. Die Tradition des revolutionären Kampfes unseres Volkes, das Werk des Generals Sandino werden heute gerade von denjenigen verraten, die sich „Frente Sandinista de Liberación Nacional“ nennen, die dem einen oder anderen Imperialismus dienen. Wohlgerichtet: Unsere Kritik

- ZK der Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/ML
- ZK (provisorisch) der Kommunistischen Partei Angolas (im Ausland)
- ZK der Kommunistischen Partei Brasiliens
- ZK der Kommunistischen Partei Dahomeys
- ZK der Kommunistischen Partei Dänemarks/ML
- ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML
- ZK der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs
- ZK der Kommunistischen Arbeiter- und Bauernpartei Irans
- ZK der Kommunistischen Partei Italiens/ML
- ZK der Kommunistischen Partei Japans (Linke)
- ZK der Kommunistischen Partei Kanadas/ML
- ZK der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML
- ZK der Kommunistischen Partei Mexikos/ML
- ZK der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs
- ZK der Peruanischen Kommunistischen Partei/ML
- ZK der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut)
- ZK der Kommunistischen Partei Spaniens/ML
- ZK der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei — Aufbauorganisation

Leninisten Nicaraguas den Kampf weiter

Interview mit Genossen der MAP

richtet sich gegen die Führungscliquen der FSLN, nicht gegen die Massen ihrer Mitglieder, die wahrhaft patriotisch und revolutionär sind.

Heute werden die Massen von den sandinistischen Führungscliquen deshalb beeinflusst, weil diese es sind, die über Waffen und wirtschaftliche Mittel verfügen. Das erlaubt es ihnen, in dieser Situation, wo der Kampf gegen Somoza so stark ist und das Volk dringend Waffen braucht, die revolutionären Massen zu bewaffnen und ihnen andere nötige techni-

durch den Kampf der Anti-Somoza-Volksmilizen verstärkt.

Unsere Partei darf bei der Bildung einer neuen Regierung nicht übergangen werden. Tatsache aber ist, das haben wir trotz unserer Abwesenheit erfahren, daß die MAP bei der Bildung der Junta nicht vertreten ist, genauso wenig wie die proletarische Strömung der Sandinisten. Das bedeutet, daß die Terceristas ein Spiel begonnen haben, das für sie sehr gefährlich werden wird. Denn die politischen Kräfte, die durch unsere Organisationen vertre-



Arbeiter von Leon, einer der größten Städte Nicaraguas, im Streik. Wird ihr Kampf für die soziale Revolution von der Junta unterdrückt werden?

sche Hilfsmittel zu geben.

Wie gesagt, ist die Basis der Sandinisten patriotisch und revolutionär. Den Führungscliquen war es unmöglich, sie von diesen Positionen abzubringen. Das wird sich nach Somozas Sturz, nach der Machtergreifung zu einem wirklichen Problem für die Cliquen auswachsen. Um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß die MAP eine wichtige politische Kraft im Lande ist.

Tatsache ist, daß wir auf internationaler Ebene nicht bekannt werden konnten. Wir hatten keine Verbindungen zur kommunistischen Weltbewegung. Deshalb war es für uns sehr schwer, der Welt den Kampf der MAP und der Milizen bekanntzumachen. Die Trennung von der kommunistischen Weltbewegung war zum einen Ergebnis der Verhältnisse im Lande. Die tiefe Illegalität hat uns daran gehindert auszuweichen. Als es uns dann schließlich gelang, internationale Kontakte herzustellen, haben wir die Weltlage mit großem Interesse verfolgt. Aber, unglücklicherweise waren unsere ersten internationalen Kontakte die zur Kommunistischen Partei Chinas. Es ist bekannt, daß die Chinesen immer nur zweiseitige Beziehungen wünschten und mehrseitige Beziehungen ausschlossen. Ihr Ziel war es, die Weltbewegung zu spalten. Das war der Grund für die Trennung der MAP von der kommunistischen Weltbewegung.

Auf der anderen Seite ist es die Taktik unserer Bourgeoisie, alles, was die MAP betrifft, totzuschweigen. Tatsache ist, daß unsere Partei die wichtigste Kraft in der Arbeiterbewegung ist. Alle Revisionisten und Sozialdemokraten gemeinsam können unseren Einfluß in der Arbeiterklasse nicht ausgleichen. Diese Verankerung, dieses hohe Ansehen sind heute schon traditionell und wurden

ten werden, sind keineswegs zu vernachlässigen. Wenn es die Absicht der Terceristas ist, zu manövrieren, um an die Macht zu kommen und ein Abkommen mit der proimperialistischen Bourgeoisie zu treffen, so wird das nach Somozas Sturz schwere Komplikationen bringen. Sie werden national viel Ansehen verlieren.

Wir meinen, daß die Politik der gegenwärtigen Junta — eine Junta ohne die MAP — die sein wird, ab sofort Revolutionäre zu liquidieren.

Mit der Aussicht auf die harten Klassenkämpfe, die Somozas Sturz folgen werden, hat die MAP die Losung ausgegeben, nach dem Sieg die Waffen nicht niederzulegen und die geheimen Organisationsformen beizubehalten. Denn zweifellos wird sich der Klassenkampf in Nicaragua weiter zuspitzen.

Durch die Weltpresse sind bereits die Bitten der sandinistischen Führungscliquen um internationale Hilfe bekanntgeworden. Das beweist, daß die Tercerista-Strömung die Prinzipien völlig aufgegeben hat, daß sie die wahren Interessen und Hoffnungen des nicaraguanischen Volkes und ihrer eigenen revolutionären Basis vergessen haben, daß ihr einziges Ziel ist, vom US-Imperialismus anerkannt zu werden, ohne daß sie darauf verzichten, die kubanisch-sowjetische Karte zu spielen. Die Basis der drei Fronten Sandinistas hat großen Kampfgeist und Heroismus bewiesen. Ihre Führungscliquen sind es, die mit allen Mitteln versuchen, den Kampf der Massen zu bremsen, sie von der Volksrevolution und dem Sozialismus abzubringen. Wir glauben, daß diese Manöver nach Somozas Sturz scheitern werden. Dies wird zweifellos in erster Linie von der Einheit und Stärke der MAP abhängen, von ihrer Fähigkeit, die Volksmassen, vor allem das Proletariat, zu führen.

III. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (W)



Landarbeiter aus dem Alentejo ziehen in die Stierkampfarena Campo Pequeno ein, wo die Abschlußveranstaltung stattfinden soll. Die portugiesische Bruderpartei genießt gerade bei ihnen ein besonders hohes Ansehen, da sie als einzige Partei ihren Kampf zur Verteidigung der Landnahme von 1974 wirklich unterstützt.

Die Abschlußveranstaltung

7. Juli in Lissabon. Von überall her waren sie gekommen: über 10000 Teilnehmer an der Abschlußveranstaltung des III. Parteitags der PCP(R). Gruppenweise zogen sie ein. Fischer, Konservenfabrikarbeiter und Hotelangestellte von der Algarve, die Frauen aus Almada, die Industriearbeiter aus Porto. Aus verschiedenen Gebieten, — vor allem aus dem Alentejo, dem Gebiet der großen Kämpfe der Landarbeiter und Bauern — zogen die Teilnehmer mit Parolen zur Agrarreform in die Stierkampfarena vom Campo Pequeno. Die Teilnehmer aus Madeira und Santarem trugen Losungen für die nationale Unabhängigkeit und Einheit. Die Arbeiter der Pejao und Panasqueiramin, die sich gerade im Kampf befinden, zogen ebenso mit revolutionären Transparenten ein wie die Gruppen der Ar-

beiter des öffentlichen Dienstes in Lissabon. Immer wieder wurde die Parole gerufen: „PCP(R) — Partei der Arbeiterklasse“. Dutzende Porträts des Genossen Stalin wurden von den einmarschierenden Gruppen getragen, die immer wieder riefen: „Stalin lebt ewig im Herzen des Volkes.“

Genosse Armando Norte vom ZK der PCP(R) eröffnete die Veranstaltung. Er begrüßte die Delegationen der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und stellte sie den Teilnehmern vor. Besonders herzlich wurden die Delegationen der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Brasiliens begrüßt, mit der die PCP(R) von Beginn an eine besonders enge Kampfgemeinschaft verbindet.

Die Grußansprachen und Botschaften der Parteien wur-

den mit großer Begeisterung aufgenommen, als Ausdruck der Unterstützung der kommunistischen Weltbewegung für die PCP(R) in ihrem siegreichen Kampf gegen die rechten Fraktionisten.

Genosse Luis Costa sprach abschließend im Namen des ZK der PCP(R).

Den ganzen Tag über herrschte in der Umgebung der Stierkampfarena Volksfeststimmung. Kulturgruppen, Gesang und Tanz, Spezialitäten der verschiedenen Regionen Portugals und Kunsthandwerksausstellungen, Informationsstände des Jugendverbandes und der Frauenorganisation prägten das Bild. Die Folklore beherrschte die Szenerie.

Um 20 Uhr wurde diese Großveranstaltung mit dem Gesang der Internationale abgeschlossen.

Interview mit zwei Genossen der PCP(R)

PCP(R) im Kampf

Der Kampf der Lisnave-Arbeiter

Im folgenden Interview, das von „Bandeira Vermelha“, dem Zentralorgan der PCP(R), mit zwei Parteimitgliedern der Lisnave-Betriebe gemacht wurde, wird deutlich, daß die portugiesische Bruderpartei eine zunehmende Rolle im Kampf des Proletariats spielt. Wir geben das Interview gekürzt wieder.

Die Lisnave-Arbeiter sind ein wichtiger Teil der portugiesischen Arbeiterklasse. Bei der Lisnave, einem der größten Betriebe Portugals, fand bereits 1969, unter der faschistischen Salazar-Diktatur, ein langer und hartgeführter Streik statt. Nach dem 25. April 1974 war der Betrieb eine Schaltstelle der revolutionären Bewegung der Jahre 1974 und 1975. Gegenwärtig entwickelt sich ein Kampf um höhere Löhne und gegen Unterdrückung. Dieser Kampf wurde durch einen Einheitsvorschlag beschleunigt, den die Parteizelle der PCP(R) gemeinsam mit anderen klassenkämpferischen Arbeitern machte.

„Bandeira Vermelha“: Wie ist der gegenwärtige Kampf entstanden?

Genosse Gaudencio: Im Januar wurden die Löhne um 200 auf 600 Escudos erhöht. Diese armselige Erhöhung, zusammen mit den Vorschlägen für Leitungswahlen im Betrieb, die nicht den Interessen der Arbeiter entsprachen, haben dazu geführt, daß eine richtige Welle der Unzufriedenheit entstand. Auf dieser Grundlage analysierte die Parteizelle die Situation

und entwickelte gemeinsam mit zahlreichen Arbeitern einen Katalog von fünf Forderungen, unter anderem: Lohnerhöhung von 3000 Escudos für alle, Wahl der Betriebsleitungen durch die Arbeiter. Das Ziel dieser Forderungen ist es, sowohl eine wirkliche Lohnerhöhung zu bekommen als auch alle Bestrebungen, die Verwaltung zu privatisieren, zu verhindern.

„Bandeira Vermelha“: Die Revisionisten haben jetzt einen Forderungskatalog veröffentlicht und wollen aus dieser Entwicklung Früchte ernten. Was meint ihr dazu?

Genosse Luz: Die Bewegung entsteht aus den Forderungen der Arbeiter. In den einzelnen Abteilungen wird gekämpft, werden Überstunden verweigert, wird eine Änderung der Samstagsarbeit verlangt.

„Bandeira Vermelha“: Woher kommt dann aber so schnell der Forderungskatalog der Revisionisten?

Genosse Gaudencio: Die Revisionisten hatten ein Abkommen mit der Verwaltung, vor dem nächsten Jahr keinen Forderungskatalog aufzustellen. Jetzt mußten sie es aber tun, um den Anschluß nicht zu verlieren. Ihr Hauptziel ist es, daß sie auf Arbeit im Betrieb hinweisen können, jetzt da die Wahlen anstehen. Sie wollen die Arbeiterbewegung dazu ausnutzen, bei den Wahlen Forderungen an die Bourgeoisie zu stellen, Stellungen im Staatsapparat und sogar in der Regierung zu verlangen.

Wir warnen die Arbeiter davon, daß, entsprechend den bisherigen Erfahrungen, die Revisionisten keinen Kampf um die eigenen Forderungen organisieren werden, höchstens einen kurzen Streik von ein paar Stunden.

„Bandeira Vermelha“: Fordern sie höhere Löhne?

Genosse Luz: Auf den ersten Blick erscheinen ihre Forderungen attraktiv, aber in Wirklichkeit sind sie eine Spaltung, da sie Unterschiede bis zu 750 Escudos in einer einzigen Lohnkategorie bedeuten. Gerade die am meisten ausgebeuteten Arbeiter sollen am wenigsten erhalten, weil ihre Arbeit nicht qualifiziert sei.

„Bandeira Vermelha“: Haben die Arbeiter diesen Forderungskatalog angenommen?

Genosse Gaudencio: Nein. Und das wußten die Revisionisten auch vorher. Aber sie ergriffen verschiedene antidemokratische Maßnahmen, um diese Forderungen durchzusetzen. Sie verteilten ihre Forderungen erst zwei Tage vor der allgemeinen Versammlung, um eine Diskussion in den Abteilungen zu unterbinden. Als dann zur Versammlung über 2000 Arbeiter kamen, versuchten sie zu bremsen, kündigten eine anonyme Bombendrohung gegen die Versammlung an, um einen Vorwand zu haben, sie aufzulösen, sperrten dann den elektrischen Strom, um keine anderen Vorschläge bekannt werden zu lassen, hinderten die bekannten Genossen unserer

Demonstration der Einheit der kommunistischen Weltbewegung

Die Abschlußveranstaltung des Parteitags der portugiesischen Bruderpartei wurde durch die Teilnahme einer großen Zahl marxistisch-leninistischer Parteien, durch die Einheit ihrer Standpunkte zu den wichtigsten Problemen der heutigen Welt auch zu einer wirklichen Demonstration der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.

Delegationen folgender Parteien nahmen an der Veranstaltung teil: Partei der Arbeit Albaniens, Kommunistische Partei Brasiliens, Kommunistische Partei Spaniens (M-L), Revolutionäre Kommunistische Partei Obervoltas, Kommunistische Partei Kanadas (M-L), Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, Kommunistische Partei Italiens (M-L), Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles, Kommunistische Partei Dänemarks (M-L), Kommunistische Partei Irlands (M-L), Kommunistische Organisation Angolas und eine Delegation der KPD/ML.

Folgende Parteien sandten Grußbotschaften an die Veranstaltung: Kommunistische Partei Kolumbiens (M-L), Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Ecuadors, Kommunistische Partei Äthiopiens, Partei Rote Fahne Venezuelas, Revolutionäre Kommunistische Partei Dahomeys, Kommunistische Partei Japans (Linke).

Durch diese große Zahl teilnehmender Parteien wurde die Abschlußveranstaltung zum bisher größten Treffen der marxistisch-leninistischen Parteien in einem kapitalistischen Land.

Partei daran zu reden und so weiter. Die Mehrheit der Arbeiter verließ die Versammlung allmählich, und erst danach wurde abgestimmt — so fanden sie eine Mehrheit. Wären diese Forderungen von der Verwaltung gekommen, die für diese Forderungen ist, wären sie bestimmt abgelehnt worden.

„Bandeira Vermelha“: Wie geht es jetzt weiter?

Genosse Luz: Wir halten diese Versammlung für ungültig. Für uns sind nach wie vor die fünf Forderungen der Ausdruck des Willens der Arbeiter. Wir arbeiten jetzt vor allem darauf hin, daß diejenigen Abteilungen, die durch den revisionistischen Forderungskatalog am meisten betroffen sind, in den Kampf treten. Sie müssen sich versammeln und über Kampfpläne sprechen. Delegierte, die die richtigen Forderungen nicht unterstützen, müssen sie abwählen und durch ehrliche Arbeiter ersetzen. Wir verlangen die Solidarität der anderen Abteilungen.

„Bandeira Vermelha“: Wie wurden die Forderungen der PCP(R) aufgenommen?

Genosse Gaudencio: Die Zustimmung war groß, und wir gewinnen an politischem Einfluß. Im Verlaufe dieses Kampfes sind bisher 20 Arbeiter der Partei beigetreten. Im Gegensatz dazu sind einige Mitglieder der revisionistischen Partei ausgetreten, andere haben Briefe an die Führung geschrieben, sie solle unsere Forderungen unterstützen.

A-10-Kampfflugzeuge über der Bundesrepublik

Tiefflüge mit radioaktiver Munition

Seit April dieses Jahres überfliegen mit radioaktiver Munition bestückte US-Kampfflugzeuge vom Typ A-10 teilweise im Tiefflug die Bundesrepublik. Dies geht aus einem Bericht der „International Herald Tribune“ vom 21./22. Juli hervor.

Wie der Bericht feststellt, handelt es sich bei den A-10-Flugzeugen um ein neuartiges Waffensystem. Die Munition wird aus radioaktivem Uran 238, das in friedlichen Kernreaktoren nicht spaltbar ist und als Abfallprodukt anfällt, hergestellt. Die Munition entwickelt beim Aufprall zum Beispiel auf Panzerplatten eine solche Hitze, daß Uran und Stahl in einem „diamantweißen Licht“ verbrennen. Entwickelt wurde das neue Waffensystem in Zusammenarbeit zwischen dem Pentagon, dem Schweizer Waffenkonzern Oerlikon und dem US-Atomkonzern General Electric. General Electric, die sich vor Jahren aus dem Geschäft mit Atomreaktoren zurückzogen, wollen nun mit der Produktion von radioaktiven Kriegswaffen Riesenprofite machen.

Abfalluran gilt nach Aussagen der Rüstungsindustrie als

Munitionsmaterial der Zukunft. Die Uran-238-Lager in den USA umfassen Hunderte von Millionen Tonnen. Und in welche Richtung der Einsatz der neuen Waffe gedacht ist, spricht Pierre Sprey, ein Mann aus dem US-Verteidigungsministerium, offen aus: „Die Buschkriege und Revolutionen werden demonstrieren, ob die A-10 nützlich ist.“

Nach dem Bericht der „International Herald Tribune“ begann ein Geschwader von A-10-Flugzeugen bereits im Januar 1979 von den USA aus seine erste Überseetour. Im April wurden die A-10-Flugzeuge auf der Luftwaffenbasis Sembach in der Pfalz stationiert. In Norddeutschland gibt es bereits geheime Lager mit Munition aus Uran 238.

Die Bonner Regierung läßt die Militärflyer stillschweigend gewähren; sie unternimmt nichts gegen die Rüstungs- und Kriegsübungen der amerikanischen Imperialisten auf und über deutschem Boden. Die mit radioaktiver Munition bestückten Flieger, die im Tiefflug über die dichtbesiedelten Gebiete der Bundesrepublik hinwegbrausen, bedeuten eine ungeheure Bedrohung der westdeutschen Bevölkerung.

Zum Tod von Baader, Ensslin, Raspe

„...kann ich beweisen, daß der Tod kein Selbstmord war.“

Fakten gegen die Stammheimer „Selbstmordtheorie“

„Ich brauche noch drei Monate, dann kann ich beweisen, daß der Tod kein Selbstmord war.“ — Dies sagt Christel Ensslin, die seit zwei Jahren daran arbeitet, die tatsächlichen Geschehnisse der Blutnacht von Stammheim aufzuklären und die offizielle Selbstmordversion zu widerlegen.



Stammheimer Selbstmord

In der Nacht zum 18. Oktober 1977 waren die politischen Gefangenen Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe in der Stuttgarter Haftanstalt Stammheim unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen. Irmgard Möller war schwer verletzt worden. Die Politiker und die Massenmedien sprachen sofort von „Selbstmord“ beziehungsweise „Selbstmordversuch“. Aber schon damals tauchten in der Öffentlichkeit — national und international — massive Zweifel an diesen Erklärungen auf. Zweifel, die durch nach und nach bekanntwerdende, widersprüchliche Einzelheiten, Ungeheimheiten und seltsame Ermittlungspraktiken nur bestärkt wurden.

Christel Ensslin hat das Geschehen der Nacht zum 18. Oktober in Kleinarbeit untersucht, hat Akten, Gutachten und Fachliteratur durchgesehen. Ihre Methode war dabei, die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft und die Protokolle des Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags mit den Gutachten und Untersuchungsberichten zu konfrontieren. Dabei stieß sie auf eklatante Widersprüche:

• Als Motiv für die angeblichen Selbstmorde wird von der Staatsanwaltschaft die Nachricht über die Geiselfreisetzung in Mogadischu angegeben. Diese Nachricht kam in der Nacht zum 18. Oktober zum ersten Mal um 0.40 Uhr über den Rundfunk. Den Todeszeitpunkt bestimmten die deutschen Gerichtsmediziner auf „frühestens 0.15 Uhr“; die ausländischen Gutachter erklärten aber, daß der Tod vor Mitternacht oder um Mitternacht eingetreten sein mußte. — Tatsache ist, daß die vorgeschriebenen Untersuchungen, mit denen der Todeszeitpunkt genau hätte festgelegt werden können, nicht vorgenommen worden sind.

• Die vier Zeugen, die den toten Jan-Carl Raspe in seiner Zelle haben liegen sehen, erklärten, daß sich die 9mm-Pistole, mit der Raspe sich erschossen haben soll, noch in seiner Hand befunden hätte. Versuche jedoch ergaben, daß der Rückstoß der Waffe und der Aufpralldruck des Geschosses so groß sind, daß Raspe die Waffe unmöglich in der Hand behalten haben konnte. Dementsprechend steht in der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft vom 18. April 1978, die

Waffe habe an der Hand Raspes gelegen.

• Gudrun Ensslin soll sich nach offiziellen Angaben, von einem Hocker springend, in einem dünnen Elektrokabel erhängt haben. Dem Spuren-Auswertungsbericht der Kriminalpolizei zufolge riß jedoch schon beim „Versuch, die Leiche abzuhängen“, dieses Kabel. In der erwähnten Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft wird diese Aussage folgerichtig verschwiegen.

• Andreas Baader soll sich — nach der offiziellen Version — durch eine Genickschuß selbst getötet haben. Alle Befunde jedoch widersprechen dem. Die bei einem aufgesetzten Genickschuß unvermeidlichen Sengspuren waren nach einem Gutachten des Bundeskriminalamtes selbst nach mikroskopischer Untersuchung nicht festzustellen. Ein Vergleichsschießen aufgrund der Wundmale ergab ferner, daß der Schuß aus 30 bis 40 Zentimeter Entfernung abgefeuert worden sein mußte. Hier führt sich die Selbstmordtheorie schon aus anatomischen Gründen ad absurdum.

Mit ihren Untersuchungen will Christel Ensslin die Wiederaufnahme der Ermittlungen über die sogenannten Selbstmorde erreichen. Am 18. April waren mit einer Einstellungsverfügung die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beendet worden.

So leicht jedoch, wie die Herren glauben, wächst kein Gras über die Sache. Das blutige Geschehen von Stammheim bleibt weiter eine furchtbare Anklage gegen den Bonner Staat. Es läßt ahnen, zu welchen Mitteln dieser Staat im Kampf gegen seine politischen Gegner zu greifen in der Lage ist. — Im Stuttgart-Stammheimer Gefängnis war am 9. Mai schon Ulrike Meinhof unter merkwürdigen Umständen gestorben: „Sie war schon tot, als man sie aufhängte“, hieß es dazu im Bericht der internationalen Untersuchungskommission (siehe RM 25/79).

Wie aber sind Baader, Ensslin und Raspe zu Tode

gekommen? Sind Killertrupps in das Gefängnis eingedrungen und haben die wehrlosen Gefangenen exekutiert? — Christel Ensslin kann sich das vorstellen. Schließlich war vor dem Bluttag in den Massenmedien und in Reden von Bonner Politikern eine unbeschreibliche Mordhetze betrieben worden. Und ausgerechnet in der Nacht zum 18. Oktober 1977 war in Stammheim die Videoüberwachung und die Alarmanlage ausgefallen...



Sonntag, 5. August, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I

Pinselfeind. Fernsehspiel von Werner Bernhardt über das



Leben und Schaffen Heinrich Zilles (1858 - 1929), den Zeichner des Berliner „Milljöh“.

Dienstag, 7. August, 19.30 Uhr, West-Nord-Hessen III

Lebensgeschichte des Bergarbeiters Alphons S. Der Arbeiter erinnert sich vor der Kamera an die Zunahme des Einflusses der Nazis auf dem Lande vor 1933 und an die Zeit nach der faschistischen Machtübernahme.

Mittwoch, 8. August, 22.10 Uhr, West-Nord-Hessen III

Die Dame zum Wegwerfen (2. Teil). Die Revue des italienischen Stückeschreibers Dario Fo ist eine bissige Satire auf die Entwicklung der USA von der Pionierzeit bis heute. Die „Dame Amerika“ symbolisiert in diesem Teil u.a. den Präsidenten Johnson und die Mutter des US-Soldaten in Vietnam. Wegen dieser „Beleidigung des US-Präsidenten“ wurde Dario Fo 1968 sogar verhaftet. — Der erste Teil der Revue wurde am 1. August gesendet.

Mittwoch, 8. August, 22.55 Uhr, ZDF

Heinrich Zille. Bilder aus seinem Leben. Fernsehspiel von Detlef Müller.

Kirche in Polen

25 765 Nonnen

An Marx' Ausspruch — Religion ist Opium fürs Volk — gemessen, ist das revisionistische Polen eine wahre Rauschgift-hölle.

Die römisch-katholische Kirche in Polen hat 78 Bischöfe, darunter zwei Kardinäle, zwei Erzbischöfe, 18 Ordinarienbischöfe und 52 Hilfsbischöfe. Die Priestertätigkeit wird von 15 476 Priestern ausgeübt. Den 42 Mönchsorden und Bruderschaften in Polen gehören 4 207 Priester, 1 477 Alumen, 1 399 Amtsbrüder und 633 Novizen an. Insgesamt gibt es 4 207 Mönche. In Polen befinden sich außerdem 100 Nonnenklöster und Schwesternschaften mit 25 765 Nonnen. In den Nonnenklöstern gibt es 801 Novizinnen und 479 Bewerber.

In Polen stehen 9 856 Kirchen, davon 6 514 Gemeindecirchen, und 3 587 Kapellen.

In der Zeit von 1945 bis 1970 sind 352 neue Kirchen erbaut und im gleichen Zeitraum 871 Kirchen restauriert worden. 1971 bis 1978 wurden 186 Zulassungen für den Bau neuer Kirchen und 150 Zulassungen für die Erweiterung bestehender Kirchen erteilt. Im selben Zeitraum wurden 153 Kapellen und 51 katechetische Zentren errichtet und ausgebaut. Die Kirche erteilt in Polen in 21 505 Religionszentren Religionsunterricht.

(Zahlen und Fakten, nach denen sich die hiesigen Klerikalen die Finger lecken würden!)

Die Tätigkeit der polnischen Kirche bleibt indes nicht auf Polen beschränkt. 1 410 polnische Priester halten sich im Ausland auf, wo sie missionarischer Tätigkeit nachgehen oder studieren.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60,—

☐ halbjährlich
DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di-Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickede-straße 19, Tel.: 0451/47 38 70.
6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 99, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haubmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.